

## 186

**Runderlaß des Staatssekretärs Schütz****I B 4-83.00-92.-/1531/67 VS-vertraulich****26. Mai 1967<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 1735****Aufgabe: 27. Mai 1967, 13.36 Uhr****Citissime**

Wir beurteilen gegenwärtige Nahost-Krise wie folgt:

- 1) Nach dem Abzug der Friedenssicherungs-Streitkräfte der Vereinten Nationen, der von UN-Generalsekretär U Thant aufgrund ägyptischer Forderung übereilt veranlaßt wurde, ist durch ägyptische Truppenkonzentration auf der Sinai-Halbinsel, an der auch Einheiten der Palästinensischen Befreiungsorganisation beteiligt sind, im Nahen Osten eine gefährliche Lage entstanden.<sup>2</sup> Die Krise hat sich durch die von Ägypten am 23. Mai verfügte Sperre des Eingangs zum Golf von Akaba noch erheblich verschärft. Die von Präsident Nasser für sein Vorgehen gegebene Begründung, er habe einem von Israel geplanten Angriff auf Syrien zuvorkommen müssen, betrachten wir lediglich als einen Vorwand.<sup>3</sup>
- 2) Es ist anzunehmen, daß Präsident Nasser sein jetziges Vorgehen mit den Sowjets abgesprochen hat und von ihnen sogar ermuntert worden ist, zumal die Sowjets stets ein Gegner der friedenserhaltenden Mission der UN-Truppen im Mittleren Osten gewesen sind. Wir bezweifeln jedoch, daß die Sowjets Nasser völlig freie Hand gegeben haben, da sie an dem Ausbruch eines großen Konflikts und an einer direkten Konfrontation mit den USA nicht interessiert sein dürften.

Nasser ist sich nach unserer Ansicht darüber im klaren, daß ein Vorgehen gegen Israel, das dessen Existenz bedroht, zu einem energischen amerikanischen Gegenschlag führen müßte, der Nassers eigene Position aufs Spiel setzen würde. Deshalb ist zu bezweifeln, daß Nasser zu einem solchen Vorgehen gegen Israel entschlossen ist.

1 Der von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff konzipierte Runderlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Blech am 27. Mai 1967 Staatssekretär Schütz, z. Z. Berlin, mit der Bitte um Genehmigung bzw. der Mitteilung von Änderungen übermittelt. Vgl. VS-Bd. 2576 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Für die von Schütz veranlaßten Änderungen vgl. Anm. 3–5.

Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg und Ministerialdirigent Böker am 26. Mai 1967 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein am 26. Mai 1967 zur Mitzeichnung von Ziffer 5 vorgelegen.

2 Zu den ägyptischen Truppenkonzentrationen und zur Forderung von Präsident Nasser vom 18. Mai 1967 an UNO-Generalsekretär U Thant, die Truppen der „United Nations Emergency Force“ abzuziehen vgl. Dok. 181, Anm. 1 und 3.

3 An dieser Stelle wurde auf Weisung des Staatssekretärs Schütz gestrichen: „Wir erkennen allerdings nicht, daß Israel durch die harten Gegenschläge, die es in Antwort auf arabische Infiltrationen am 13. November 1966 gegen das jordanische Dorf Samu und am 7. April 1967 gegen Syrien geführt hat, sowie durch seine Ankündigung weiterer harter Gegenschläge gegen Syrien vom 12. Mai 1967 seinerseits eine Politik betrieben hat, die das Entstehen der Krise begünstigte.“

3) Das ägyptische Vorgehen richtet sich nicht nur gegen Israel, sondern bedroht nach unserer Ansicht auch<sup>4</sup> die Regierung König Husseins von Jordanien und indirekt alle gemäßigten arabischen Länder. Eine Sperrung des Golfs von Akaba wiegt für Jordanien, das keinen anderen Ausgang zum offenen Meer besitzt, schwer<sup>5</sup>. Es muß auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Etablierung Shukeirys und seiner Palästinensischen Befreiungsorganisation im Gaza-Streifen zur Proklamation einer Republik Palästina führt. Dadurch würde Jordanien vor Gefahr der Aufspaltung stehen.

Ein Zusammenbruch Jordaniens wäre, nicht minder als eine Abschnürung Israels, ein schwerer Schlag für Iran und Saudi-Arabien, würde den Sudan und Libyen gefährden, Libanon und Israel isolieren und Irak zur Ausrichtung auf Kairo zwingen. Eine solche Entwicklung wäre darüber hinaus eine schwere Niederlage für den gesamten Westen und würde die Position der Sowjetunion im Mittleren Osten außerordentlich stärken.

4) Wir wissen nicht, ob Israel die Blockade des Golfs von Akaba auf die Dauer hinnehmen wird. Ein isolierter israelischer Durchbruchsversuch birgt die Gefahr einer Eskalation in sich. Dasselbe gilt in noch höherem Maße für einen israelischen Verzweiflungsschlag gegen die im Gaza-Streifen und auf der Sinai-Halbinsel massierten ägyptischen und palästinensischen Streitkräfte.

Nach unserer Ansicht hätte nur eine energische und konzertierte westliche Aktion zur Freihaltung des Schiffahrtsweges im Golf von Akaba Aussicht, Nasser zum Einlenken zu bewegen, die Strangulierung Jordaniens zu verhindern und Israel aus seiner Zwangslage zu befreien, d.h. von einer militärischen Aktion abzuhalten.<sup>6</sup>

5) Wir erkennen nicht die komplizierte seerechtliche Lage im Golf von Akaba.<sup>7</sup> Aufgrund der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze des Seerechts

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde auf Weisung des Staatssekretärs Schütz eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „mindestens im gleichen Maße“.

<sup>5</sup> Dieses Wort wurde auf Weisung des Staatssekretärs Schütz eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „noch schwerer als für Israel“.

<sup>6</sup> Am 5. Juni 1967 kam Vortragender Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein zu dem Ergebnis, daß eine Teilnahme der Bundesrepublik an der Entsendung eines blockadебrechenden Konvois in den Golf von Akaba weder unter Berufung auf eine „Repressalie“ im völkerrechtlichen Sinne der indirekten Rechtsdurchsetzung noch als Akt der individuellen Selbstverteidigung möglich sei. Auch gegen eine Berufung auf das Recht der kollektiven Selbstverteidigung bestünden Bedenken. Dagegen wäre eine Teilnahme der Bundesrepublik „an einem Konvoi zur friedlichen und gewaltlosen Erprobung der Ernsthaftigkeit der ägyptischen Blockade zwar eine [iesigen] E[rachtens] weitreichende politische Demonstration zugunsten Israels“, bedürfte „rechtlich jedoch keiner besonderen Rechtfertigung“. Vgl. VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 181, besonders Anm. 4.

Dazu führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein am 5. Juni 1967 aus, daß „hinsichtlich der Rechtslage an der Straße von Tiran und dem Golf von Akaba die israelische Auffassung (völlige Schiffahrtsfreiheit), die arabische Auffassung (Territorialgewässer mit der Folge der rechtlichen Möglichkeit der völligen Sperrung) und die vermittelnde Auffassung der seefahrenden Staaten (Territorialgewässer, aber jedenfalls erweitertes Recht auf friedliche Durchfahrt) nebeneinander[stehen], ohne daß sich eine eindeutige Rechtsauffassung herausgebildet hätte“. Die Auffassung von einem erweiterten Recht auf friedliche Durchfahrt dürfte aber trotz ägyptischer Hoheitsrechte den allgemeinen Regeln des völkerrechtlichen Seerechts und den Prinzipien der UNO-Charta am nächsten kommen. Demnach sei die Sperrung des Golfs von Akaba „ein Verstoß gegen geltendes Völkerrecht und somit ein völkerrechtliches Delikt“. Vgl. VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

und der Charta der Vereinten Nationen<sup>8</sup> neigen wir jedoch zu der Ansicht, daß im Falle dieses Golfes, dessen Eingang von zwei Staaten beherrscht wird und an dessen Ende Häfen dritter Staaten gelegen sind, das Recht der friedlichen Durchfahrt gewährt werden muß und diese Durchfahrt nicht gesperrt<sup>9</sup> werden darf.

6) Im Sinne des französischen Vorschlags<sup>10</sup> würden wir es durchaus begrüßen, wenn für die gegenwärtige Krise eine Lösung in Beratungen zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion gefunden werden könnte. Wir sind jedoch sehr skeptisch, ob dies möglich sein wird. Die Sowjets sind unseres Erachtens zwar daran interessiert, den Ausbruch eines größeren Konflikts zu verhindern, nicht aber eine konstruktive Lösung zu finden, durch die die Lage sich beruhigen könnte. Auf jeden Fall sollte der Westen sich nicht der Gefahr aussetzen, daß durch hinhaltende sowjetische Manöver das von Nasser geschaffene fait accompli durch Zeitablauf sanktioniert und dadurch jede Ge- genmaßnahme erschwert wird.

7) Sie werden gebeten, unsere Ansicht über gegenwärtige Nahost-Krise in geeigneter Form Regierung Gastlandes vorzutragen und zu betonen, daß wir an einem laufenden Kontakt mit ihr über die weitere Entwicklung der Krise interessiert sind.

Zusatz für Tunis, Rabat, Amman, Tel Aviv:

Es wird gebeten, Ziffer 7 nur insoweit durchzuführen, als dort keine schwerwiegenden Bedenken bestehen.

[gez.] Schütz

**VS-Bd. 2576 (I B 4)**

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 582–611.

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „gehindert“.

<sup>10</sup> Am 24. Mai 1967 schlug die französische Regierung eine Konferenz Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA zur Beilegung der Nahost-Krise vor. Für den Wortlaut der Erklärung des Ministerrats vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1967/1, S. 101.

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit Schah Reza Pahlevi**

**Z A 5-73.A/67 VS-vertraulich**

**28. Mai 1967<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 28. Mai 1967 um 12.15 Uhr Seine Kaiserliche Majestät den Schahanschah von Iran, Mohammad Reza Schah Pahlevi Aryamehr, zu einem Gespräch.<sup>2</sup> Anwesend waren: der Herr Bundesminister des Auswärtigen, der iranische Außenminister<sup>3</sup>, der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran<sup>4</sup> sowie für den zweiten Teil des Gespräches (nach dem Frühstück) der Kaiserlich-Iranische Botschafter in Bonn<sup>5</sup>.

Der Herr *Bundeskanzler* gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, Seine Majestät im Namen der Bundesregierung willkommen heißen zu können. Er wolle gleichzeitig seiner tiefen Sympathie für den Iran und die klugen, aber entschlossenen Maßnahmen Ausdruck geben, welche unter der Leitung Seiner Majestät für die Entwicklung des Iran ergriffen worden seien.<sup>6</sup> Persönlich freue er sich, zum zweiten Mal Gelegenheit zu haben, mit Seiner Majestät ein politisches Gespräch führen zu können.<sup>7</sup> Im Zeitpunkt des ersten Gespräches habe die Welt unter dem Eindruck der kurz zuvor ausgebrochenen Suezkrise gestanden. Die eigenwillige Phantasie der Geschichte wolle es, daß man wieder einmal an der Schwelle eines Konflikts in diesem Bereich der Welt stehe. Er wisse, daß Seine Majestät sich sehr um die Wahrung des Friedens dort bemühe; Seine Majestät könne dabei auf die Anteilnahme und, im Rahmen der zu Gebote stehenden Möglichkeiten, auf die Unterstützung Deutschlands rechnen.

Im politischen Bereich gebe es wohl keine schwerwiegenden Fragen zwischen dem Iran und Deutschland, wenn er sich auf sein bescheidenes Urteil verlassen könne. Dagegen stünden einige wirtschaftliche Fragen an. Falls Seine Majestät diese oder auch andere Fragen mit ihm besprechen wolle, stehe er zur Verfügung.

*Seine Majestät* bedankte sich zunächst für die Willkommensworte des Herrn Bundeskanzlers und erklärte, daß auch er sich freue, zum zweiten Male Gelegenheit zu einem politischen Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler zu haben, den er diesmal als Chef der Regierung und in Deutschland sehen könne.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Merten am 30. Mai 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Schah Reza Pahlevi besuchte vom 27. Mai bis 4. Juni 1967 die Bundesrepublik.

Zum Gespräch mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. auch BULLETIN 1967, S. 475.

<sup>3</sup> Ardesir Zahedi.

<sup>4</sup> Franz Josef Bach.

<sup>5</sup> Mozaffar Malek.

<sup>6</sup> Unter dem Namen „Weiße Revolution“ wurde im Iran seit 1962 ein Programm sozialer und wirtschaftlicher Reformen durchgeführt, das insbesondere die Landwirtschaft, das Erziehungs- und Bildungswesen sowie die öffentliche Verwaltung umfaßte. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 467 f.

<sup>7</sup> Der CDU-Abgeordnete Kiesinger besuchte im November 1956 in seiner Funktion als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages im Rahmen einer Reise in den Irak, nach Afghanistan, Pakistan und Indien auch den Iran.

Seit dem Jahre 1956 habe sich viel Interessantes, aber auch viel Beklagenswertes ereignet. Das Interessante liege darin, daß die Zeit des Imperialismus und des Kolonialismus zu Ende gehe. Die Emanzipation der Völker schreite fort, sie gebe dem Antlitz der Menschheit neue Züge. Auch in den kommunistischen Ländern sei ein größerer Wandel festzustellen. Früher habe der Kommunismus versucht, mit brutaler Gewalt zum Ziel zu kommen. Er habe dabei jedoch die Erfahrung machen müssen, wie beispielsweise im Iran, daß er damit nicht zum Ziele komme. Im übrigen sei auch die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Sowjetrußland und den europäischen kommunistischen Ländern sehr interessant geworden. Als Hauptbedrohung für die ganze Welt sehe er die Tatsache an, daß es in zehn bis fünfzehn Jahren etwa 1,2 Milliarden Chinesen geben werde. Es sei hoffnungslos, eine Einigung mit den Chinesen anzustreben. Sie hätten eine ganz andere Mentalität, empfänden keine Todesfurcht, seien sich aber der Grenzen, die China gesteckt sind, bewußt. Dies könne und werde ihre ganze Politik bestimmen.

Andererseits sei nicht zu verkennen, daß sich auch die Russen stark gewandelt hätten, wenngleich sie ihre Politik der Eroberung der Welt für den Kommunismus noch nicht aufgegeben hätten.

In seinem Teil der Welt fürchte man die Chinesen ob ihrer Arroganz und ihrer Aggressivität. Man halte sie für Kulturzerstörer, die aber immerhin verwegen genug seien, in der Mitte des 20. Jahrhunderts die Menschheit mit einer neuen Kultur beglücken zu wollen.

Als beklagenswerte Entwicklung sehe er an, daß die freie Welt ein Land wie Ägypten geradezu ermutigt habe, zu einer Bedrohung für seine Nachbarn zu werden. Ägypten entwickele eine neue Form des Imperialismus, betreibe eine Politik der Erpressung, die mit Gewalt, Propaganda, Subversion und Kriegsdrohungen versuche, Ziele zu verfolgen, die mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen<sup>8</sup> nicht vereinbar seien.

Die Iraner hätten dies vor 10 Jahren bereits vorausgesagt, leider aber hätten ihre Freunde oft nicht auf sie hören wollen. So sei es vielleicht zu der unverständlichen Haltung der westlichen Politiker gegenüber Ägypten gekommen, einer Haltung, die man schon im Konfliktsfalle Pakistan-Indien an den Tag gelegt habe. Man habe in seinem Land zwar das Vertrauen in das Bündnis mit dem Westen nicht verloren, strebe aber in der Zukunft eine unabhängige Politik an, die Begegnungen mit allen Ländern, auch mit den kommunistischen, umfassen müsse. Er sei darüber in Gesprächen mit den Türken und mit den Pakistanern begriffen. Man wolle weiterhin den Freunden vertrauen, aber nicht von ihnen abhängig werden, weil eine solche Politik der Abhängigkeit weder männlich noch würdig und auch nicht klug sei. Pakistan sei Mitglied der SEATO und der CENTO; außer dem Iran sei ihm aber seinerzeit niemand zu Hilfe gekommen. Es erhebe sich die Frage, was geschehen würde, wenn die India der damals durchgebrochenen wären. Er sei sicher, daß die Pakistaner niemals kapituliert hätten, sondern in die Berge zurückgewichen wären. Dies hätte ein

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 582–611.

zweites Vietnam in Asien bedeutet, man habe jedoch an einem Vietnam schon genug.

Im Iran glaube man, daß man aufgrund dieser Sachlage bis zu einer weltweiten kontrollierten Abrüstung deshalb für jeden Eventualfall gewappnet sein müsse. Was könnte der Iran auch tun, wenn beispielsweise Rußland Lust verspüre, den Iran anzugreifen? Er halte zwar einen solchen Angriff für unwahrscheinlich, denn er könnte einen Weltkrieg bedeuten, und wisse auch nicht, warum die Russen sein Land angreifen sollten. Aus der Fragestellung ergebe sich aber schon die Notwendigkeit, auf alles gerüstet zu sein. Es sei nicht gut, von der Intervention fremder Länder abhängig zu sein. Leider sei auch die UNO nicht so stark, wie es wünschenswert wäre. Bei der derzeitigen Konfrontation zweier großer, atomar bewaffneter Blöcke ergebe sich die Sachlage, daß im Konfliktsfalle die Atommächte lange zögern würden, bis sie ihr atomares Arsenal einsetzen. Daraus ergebe sich aber auch, daß dann derjenige erfolgreich bleibe, der stärker konventionell bewaffnet sei und die Nerven habe bis zum „Grat“ vorzugehen.

Der Iran habe keine Gebietsansprüche. Er brauche nichts und verfüge über Bodenschätze. Des weiteren sei die ganze Geschichte des Landes auf den Grundsätzen der Ethik aufgebaut. Er habe daher die Hoffnung, daß jede Tätigkeit im Iran in der Zukunft auf das Ziel der Freiheit des Menschen ausgerichtet sein könne.

Grundlage alles staatlichen Wirkens im Iran sei die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters. Leider falle die letzte Periode der Dekadenz im Iran mit der Zeit zusammen, in der die europäischen Länder ihren technischen Aufstieg erlebten. Nunmehr müsse man den Rückstand schnell aufholen. Dies könne nur erreicht werden, wenn man von oben her auf das Wirtschaftswesen des Landes einwirke. So erkläre sich die Tatsache, daß die Schwerindustrie und die Erdölvorkommen verstaatlicht seien, daß alles, was zu einer Kartellbildung führen könne, beim Staate verbleiben müsse. Auch die Wälder und Weideflächen seien zur Verstaatlichung vorgesehen. Der Großgrundbesitz solle eingeeignet werden<sup>9</sup>, die Wasservorkommen dürften nicht im Besitz einzelner stehen. Wasser und Wälder seien nicht von Menschenhand geschaffen und stellten daher kein Besitztum einzelner dar. Das Land leide unter Wassermangel. Vorrangig sei das Bewässerungsproblem. Die geographische Lage und Aufgliederung des Landes habe zu der Erkenntnis geführt, daß man in der Landwirtschaft nur auf genossenschaftlichem Wege weiterkomme. Der Privatmann könne aufgrund der erforderlichen sehr hohen Investierungen weitere Initiativen nicht mehr übernehmen. Der Staat müsse so vorgehen, daß alles, was geschehe, allen Bewohnern nutze. In Deutschland lägen die Dinge freilich anders, dort gebe es auch kein Bewässerungsproblem.

<sup>9</sup> Am 13. November 1967 informierte Legationsrat I. Klasse Grahn, Teheran, daß auf Grund des Gesetzes über die Bodenreform vom 9. Januar 1962 der Grundbesitz in zwei Phasen neu aufgeteilt werde: „In Phase I (Großgrundbesitz von mehr als einem Dorf) wurden bis August 1967 insgesamt 14 373 Dörfer und 594 Güter an 605 000 Bauern verteilt. In Phase II, die ab Februar 1965 den kleineren Großgrundbesitz erfaßte, wurden bis Juli 1967 die Besitzverhältnisse in insgesamt 53 605 Dörfern und 18 314 Gütern mit 2 376 500 Bauern neu geordnet. Zu 90 Prozent handelte es sich dabei um eine Ablösung der überkommenen Feudalstruktur und Begründung von Pachtverhältnissen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 288; Referat III B 6, Bd. 547.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte hier zu und bemerkte, daß freilich auch in Deutschland große Waldgebiete Staatseigentum seien.

*Seine Majestät* wies demgegenüber darauf hin, daß auch der private Waldbesitzer in Deutschland oder auch in Schweden z. B. wisse, wie er seinen Wald zu behandeln habe. Im Iran aber lägen die Dinge anders, dort müsse der Staat alle Fragen der Aufforstung und der Pflege des Waldes in seine Hand nehmen.

In der Schwerindustrie könne ein Privatmann heute nicht mehr die erforderlichen langfristigen Investierungen für 20 bis 30 Jahre gewährleisten. Selbst wenn aber diese Möglichkeit bestünde, machten doch Geschichte, Geographie und geistiges Erbe des Landes zum Gebot, daß der Staat die Schätze des Landes zum Nutzen der Mehrheit seiner Bewohner ausnutze. Man denke dabei nicht kommunistisch, wie er auch in seinem schon in Deutschland veröffentlichten Buch<sup>10</sup> dargelegt habe. Man sei überhaupt nicht Anhänger einer spezifischen Ideologie. Im übrigen glaube er, daß die moderne Technologie neue Ideologien entstehen ließe. Die Erfindung des Transistors oder des Computers bewirke neue Denkartnen, welche die Erfinder nicht vorausgesehen hätten.

Sein Streben sei darauf ausgerichtet, der Mehrheit der Bewohner seines Landes – und dies seien nun einmal Arbeiter und Bauern – zu einem besseren Lebensstandard, zu größerer Sicherheit und zu größerer menschlicher Freiheit zu verhelfen. Diese Grundsätze gelte es zu verteidigen. Er glaube, daß sein Land rasch ein wohlhabendes Land werden könne und man dadurch die Richtigkeit der iranischen Politik beweisen könne. Was hätten denn die sogenannten sozialistischen arabischen Republiken bisher für ihre Bevölkerungen getan? Man möge doch einmal Vergleiche anstellen! Im übrigen wünsche er, daß diese sogenannten sozialistischen arabischen Republiken, die bis zu den Zähnen bewaffnet seien, nicht den Fehler begingen, die Welt in Brand zu setzen und dann zu glauben<sup>11</sup>, „to get away with it“.

Hinsichtlich der Entwicklung in Europa äußerte Seine Majestät die Hoffnung, daß Großbritannien zu einem echten europäischen Land werde. Die Engländer seien dabei, ihre sogenannte imperialistische Politik aufzugeben. Dies läge auch in ihrem eigenen Interesse. Immerhin erhebe sich die Frage, wenn die Engländer einmal die jetzt zur Räumung anstehenden Gebiete verlassen hätten, welches Land dann in diesem Teil der Welt noch die Grundsätze verteidigen wolle, die auch für Länder wie Frankreich, Deutschland und Großbritannien verbindlich seien. Er hoffe, daß viele Länder dazu bereit seien, wolle aber erklären, daß man sich auf den Iran dabei verlassen könne.

Sein Land benötige daher die für seine Verteidigung erforderlichen Mindestmittel. Man sei sicher, daß man sie irgendwie schon bekommen könne, rechne aber dabei in erster Linie auf die eigenen Freunde.<sup>12</sup> Auch wenn diese keine

<sup>10</sup> Vgl. Mohamad Reza SHAH PAHLAWI ARYAMEHR, Kaiser von Iran, Die soziale Revolution Irans, Düsseldorf/Köln 1967.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „und dann glauben könnten“.

<sup>12</sup> Zur Ausrüstungshilfe für den Iran vgl. Dok. 5, Anm. 8.

Im November 1966 trug der iranische Botschafter im Auswärtigen Amt und im Bundesministerium der Verteidigung weitere Wünschen zur Vergrößerung des Kaiserlichen Arsenals vor, insbesondere den Ausbau bestehender Fertigungsanlagen, die Herstellung anderer Kaliber sowie von Minen, Bomben, Zündern und Handgranaten. Ferner war der Aufbau von Produktionsstätten für Nachrichtengeräte und Transportmittel sowie eines militärischen Labors geplant. Malek erläuterte

Verteidigungsmittel liefern wollten, wolle man deshalb das gegebene Wort nicht brechen. Allerdings habe man sich schon gezwungen gesehen, anderswo Waffen zu kaufen. Er habe jedoch gegenüber dem Herrn Bundespräsidenten bereits dargelegt, daß eine Waffe keine Seele habe. Entscheidend sei der Mann hinter der Waffe. Dieser müsse Vertrauen in sein Land haben, müsse daran glauben und stolz darauf sein; er müsse bereit sein, für das eigene Land sein Leben bedingungslos einzusetzen.

Das Wirtschaftsgefüge seines Landes könne er als gesund bezeichnen. Die Stabilisierung des Preisgefüges sei im Gange. Für dieses Jahr betrage die Zuwachsrate 9,5 %. Er hoffe im Jahre 1967 auf eine Zuwachsrate von 10 % und darauf, daß die Preise festliegen. Der laufende Fünfjahresplan habe zu einer Verdoppelung der Industrieproduktion des Landes geführt. Der nächste Fünfjahresplan strebe eine neuerliche Verdoppelung der Produktion an.

Zur Erreichung der gesteckten Ziele sei es erforderlich, daß gute Facharbeiter für die Tätigkeit im Lande ausgebildet würden. Deutschland habe bisher auf diesem Gebiet gute Hilfe geleistet; wenn diese noch gesteigert werden könne, sei man dafür sehr dankbar.<sup>13</sup> Er denke auch an Kapitalinvestierungen und an die Gründung „gemischter Gesellschaften“, weil durch diese Form der Investierung neben dem Kapital auch das technische Fachwissen ins Land käme. Er hoffe auch, daß man in der Lage sein werde, die erforderlichen militärischen Mittel zu erlangen, wobei er keineswegs an Raketen oder Überschallflugzeuge denke, aber an Kleinwaffen. Deutschland könne bei der Elektrifizierung des Landes große Dienste leisten. Er denke an die Vergabe großer Lose, die den Bau von Staudämmen, Bewässerungsanlagen mit den erforderlichen Gebäuden und Maschinen, den Bau von Ställen und die Anlage von Obstkulturen für die dann möglich gewordene Bearbeitung des Landes umfassen sollten.<sup>14</sup> Darüber hinaus sollte der Verbund der gewonnenen Energie mit dem bestehenden

*Fortsetzung Fußnote von Seite 800*

te hierzu, daß der Iran „im Falle einer Verweigerung der Fortsetzung der langjährigen deutsch-iranischen Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor [...] auf Ostblockangebote zurückgreifen“ müsse. Ministerialdirigent Graf von Hardenberg teilte dazu weiter mit, dem Botschafter sei seinerzeit erklärt worden, daß weder eine Erweiterung der Ausrüstungshilfe in Frage komme, noch ausreichend Kapitalhilfe zur Verfügung stehe. Zwischenzeitlich habe sich der Iran mit der Firma Fritz Werner Industrie-Ausrüstungen GmbH, Geisenheim/Rheingau, auf kommerzieller Basis über Lieferungen und Leistungen in Höhe von 200 Mio. DM geeinigt. Bezuglich der notwendigen Ausfuhrbürgschaft des Bundes sei allerdings seitens des Ausfuhrgarantieausschusses darauf aufmerksam gemacht worden, daß Lieferungen für die Waffen- und Munitionsherstellung, die bisher nur gegen Kassezahlung erfolgt seien, nun auf Kreditbasis abgewickelt würden. Ferner sei zu berücksichtigen, daß sich die bundesverbürgten Fähigkeiten des Iran bei einer Erfüllung der zusätzlichen Wünsche auf etwa 1 Mrd. DM belaufen würden. Vgl. Referat III A 4, Bd. 547.

13 Die Bundesrepublik förderte seit 1959 zwei Gewerbeschulen in Teheran und Täbris durch Bereitstellung von Finanzmitteln und Lehrpersonal. Am 25. Oktober 1967 beschloß der Interministerielle Referentenausschuß für Technische Hilfe, der Fortsetzung der Förderung bei einem stufenweisen Abzug des Lehrpersonals bis Ende 1969 zuzustimmen und hierfür Mittel in Höhe von 1,09 Mio. DM bereitzustellen. Vgl. dazu den Auszug aus dem Kurzprotokoll, Referat III B 6, Bd. 559. Im Rahmen eines Besuches vom 16. bis 20. Mai 1967 in den Iran übergab Bundesminister Höcherl den seit 1960 mit Hilfe der Bundesrepublik errichteten landwirtschaftlichen Lehr- und Demonstrationsbetrieb Aliabad. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 465 f.

14 Am 8. Juli 1967 übermittelte Botschafter Bach, Teheran, Unterlagen des iranischen Ministeriums für das Wasser- und Elektrizitätswesen. Danach war die iranische Regierung daran interessiert, daß die Bundesrepublik „die Durchführung des Gesamtprojekts des Baus eines Staudamms am Karoun-Fluß einschließlich Elektrifizierung, Bewässerung und Fortleitung der Elektrizität in die bewohnten Gebiete Persiens“ übernehme. Vgl. Referat III B 6, Bd. 547.

Stromnetz betrieben werden. Es handele sich dabei um ein Programm für die Dauer von etwa 10 Jahren.

Das Gespräch wurde sodann abgebrochen und nach dem Frühstück in der „Rerdoute“ wieder aufgenommen.

Im zweiten Teil des Gesprächs legte Seine Majestät dar, er habe vor dem Frühstück bereits über seine Hoffnungen, seine Ziele, Kämpfe und Pläne gesprochen. Zwar sei zutreffend, daß in der Welt neue Erdölquellen erschlossen würden, wie in Libyen, Algerien, an der ostafrikanischen Küste und sogar in Ägypten. Dabei sei allerdings die Sicherheit der Versorgung zu bedenken. Man rechne immer noch mit einer weiteren Steigerung der Nachfrage an Öl um 10%. In zehn Jahren könne man im Mittleren Osten auf eine Produktion von mehr als 500 Mill[ionen] Tonnen kommen. Dies gehe über die Produktionsleistung der Vereinigten Staaten und Sowjetrußlands zusammengenommen hinaus. Interessant sei die Feststellung, daß man russischerseits nunmehr die Absicht erkennen lasse, in den ölfördernden Gebieten des Mittleren Ostens, wie beispielsweise im Iran, Fuß zu fassen. Ganz allgemein befürchte er, daß einer der Gründe für verschiedene Vorgänge im Zusammenhang mit der großen Weltpolitik eben das Öl sei.

Was geschehe, wenn Europa von seiner Ölversorgung abgeschnitten würde? Man erlebe jeden Tag, daß die arabischen Staaten mit der Drohung operierten, die Tanks anzuzünden oder die Ölleitungen zu sperren. Bei einer Sperrung der Ölzufluss aus dem Mittleren Osten könnten die Vereinigten Staaten vielleicht für zwei bis drei Jahre einspringen. Ersatz könne bei einer Sperrung der Ölzufluss aus dem Mittleren Osten auch nicht aus Libyen oder Algerien erwartet werden, weil ja in diesen Ländern dann die gleichen Gründe für eine Sperrung der Ölzufluss vorlägen. Hier sei mit einem Schneeballeffekt zu rechnen.<sup>15</sup>

Aus diesem Grunde glaube er nicht, daß man immer den Eindruck erwecken solle, nur zu wiederholen, was Washington sage. Es wäre schlecht, wenn dieser Eindruck entstünde. Man müsse sich auf die eigenen Füße stellen und ein freies Land bleiben. Unter den Ländern, die solche Bestrebungen verwirklichen sollten, denke er z. B. an die Türkei, deren Möglichkeiten zwar begrenzt seien, die aber noch Fortschritte, auch in der Landwirtschaft, erzielen könnte. Des weiteren verfüge sie über Stahl, Chrom und Aluminium. Eine wichtige Quelle könne für die Türkei auch die in unserer Zeit so bedeutungsvoll gewordene Eröffnung des Tourismus darstellen. Gewiß wolle man die besten Beziehungen zu den amerikanischen Freunden unterhalten. Man sei sich darüber im klaren, daß es hart wäre, ohne die Amerikaner auskommen zu müssen. Man wolle auch mit allen westlichen Freunden in den bestmöglichen Beziehungen leben. Diese sollten jedoch verstehen, nach welchen eigenen Grundsätzen man vorgehen wolle und daß man nicht mehr länger nur noch Lautsprecher sein wolle.

<sup>15</sup> Am 1. Juli 1967 informierte Botschafter Bach, Teheran, daß im Iran über den Bau einer Ölleitung zum türkischen Mittelmeerhafen Alexandrette nachgedacht werde, um „durch die Beteiligung an neuen Raffinerien (Madras, Izmir) direkt ins internationale Ölgeschäft einzudringen und einen von den internationalen Ölkonzernen unabhängigen Absatzmarkt aufzubauen. Eine Ölleitung zu einem türkischen Mittelmeerhafen könnte nicht nur erheblich zur Versorgung der westeuropäischen Abnehmerländer beitragen, sondern auch günstige Voraussetzungen für die Belieferung der von der iranischen Regierung neu gewonnenen osteuropäischen Absatzmärkte schaffen.“ Vgl. Referat III B 6, Bd. 547.

Auch das pakistanische Volk schätzt er sehr. Die Beziehungen Pakistans zu China gäben zu einiger Besorgnis Anlaß. Vertraulich wolle er mitteilen, daß nach einem Telegramm, welches er gestern erhalten habe, China Pakistan einen 250 Mill[ionen] Dollar-Kredit für Waffenkäufe in China eingeräumt habe. Hier habe man es mit einem gefährlichen Streben der Chinesen nach Popularität zu tun, aber die Pakistaner müßten wohl den Gang nach Peking antreten, weil sie nicht von den Indern überrannt werden wollten. Indien zähle 500 Mill[ionen] Menschen, die jetzt schon Hunger leiden. Die Probleme der indischen Regierung seien riesengroß: Sie müsse mit 150 verschiedenen Religionen und 148 Sprachen im Lande fertig weden, sie müsse zusehen, wie Kühe und Affen mehr Geltung besäßen als der Mensch. Unter der Asche glühe ein latenter Kommunismus, geboren aus Armut, Hunger, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. Warum solle Indien, das in seinem eigenen Lande keine Ordnung schaffen könne, Pakistan überrollen dürfen?

Sein Land wolle auch gute Beziehungen zu Rußland unterhalten. Allerdings müßten auch die Russen verstehen, daß ihnen an der Grenze des Iran Einhalt geboten werde. Jedes Eindringen würde auf unerbittlichen Widerstand stoßen. Der Iran könnte ein Beispiel dafür sein, wie man die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen könne. Was hätten denn die reichen, die geradezu unflätig (filthily) reichen arabischen Länder bisher für ihre Bevölkerungen getan? Wenn das iranische Experiment Erfolg habe, könne es beispielgebend dafür sein, daß es nicht gut ist, immer „dagegen“ zu sein, sondern daß eine konstruktive Arbeit sich lohnt.

Der Frage des Öls komme eine große Bedeutung zu. Er habe den Wunsch, daß die westlichen Freunde des Iran dieses Problem sorgfältig prüften und zu eigenen Folgerungen kommen sollten. Sein Land bleibe weiterhin eine „offene“ Versorgungsquelle. Der Iran sei überhaupt ein Land, dessen Fenster offen seien. Wenn die westlichen Freunde des Iran, darunter Deutschland, dazu beitragen wollten, das Schulwesen und die Technik des Landes zu fördern, und wenn sie einen Beitrag zur Elektrifizierung des Landes, zum Bau von Staudämmen, zur Verteidigungsbereitschaft des Iran leisten wollten, dann hätten sie dies nicht zu bedauern. Er bitte den Herrn Bundeskanzler um dessen Meinung zu den angeschnittenen Fragen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte sich zunächst sehr beeindruckt von der Analyse der derzeitigen Lage, die Seine Majestät vorgetragen habe. Er habe schon zum Ausdruck gebracht, daß er praktisch mit allen Feststellungen einverstanden sei, die Seine Majestät im Laufe des Vormittags getroffen habe. Er glaube, daß die Politik, die darin bestehe, so kräftig wie möglich auf eigenen Füßen stehen zu wollen, eine gute Politik sei. Dies bedeute keine Feindschaft gegenüber den USA oder anderen Ländern. Er stehe unter dem Eindruck, daß die USA in der Vergangenheit ein etwas zu simples Konzept für die komplizierten Vorgänge im Weltgeschehen gehabt hätten. Seine Majestät könne davon ausgehen, daß Unterstützung aus einem Bündnis dann erwachse, wenn gemeinsame Interessen vorhanden seien. Auch Deutschland habe dies erfahren. Fehle es an der gemeinsamen Interessengrundlage, dann fehle es auch an Unterstützung. Dies sei das Wesen der Allianzen. Gemeinsame Interessen für das Bündnis Deutschlands mit der westlichen Großmacht hätten sich in der

Vergangenheit aus dem kalten Krieg ergeben. In der Zukunft sei vielleicht denkbar, daß es zu Unterschiedlichkeiten in den Auffassungen komme. Dies sei nun einmal das Wesen aller Allianzen. Deutschland sei ein überzeugter Bündnispartner, wolle aber nicht vollständig abhängig sein, sondern nach besten Kräften auf den eigenen Füßen stehen.

Nun sei klar, daß niemand wisse, was die Sowjetunion wirklich wolle. Hier liege das große Problem unserer Zeit. Es gäbe Leute, welche die Auffassung vertreten, die Sowjets seien friedlicher geworden. Man könne dem nicht so recht trauen, obwohl die Sowjets wohl auf direkte Angriffe auf Westeuropa oder andere Teile der Welt verzichtet hätten. Immerhin seien sie in anderen Konfliktzonen sehr emsig tätig. Man müsse herausfinden, welches Spiel sie betrieben, und dann versuchen, das Beste daraus zu machen. Dabei gelte es, wachsam zu sein. Schon vor Jahren habe er geglaubt, daß das chinesische Problem das Problem unseres Jahrhunderts sei. Es könne natürlich so kommen, daß China in sich zerfalle und wieder einmal von vielen verschiedenen Gouverneuren beherrscht werde. Allerdings müsse man auch mit der Möglichkeit rechnen, daß China sich sehr schnell weiter entwickle und es innerhalb von drei Jahrzehnten nicht nur auf eine Milliarde Menschen gebracht habe, sondern auch zu einer der größeren Mächte herangewachsen sei.

Er verstehe auch die Sorgen Seiner Majestät im Hinblick auf Pakistan. Niemand in Deutschland wünsche, daß Indien Pakistan niederzwinge. Er wisse auch, wie sehr man von den Ölländern des Nahen Ostens abhänge. Man habe es seinerzeit bei der Suezkrise verspürt, obwohl man in Deutschland Vorräte eingelagert hatte. Die neue deutsche Regierung versuche, in etwa das anzustreben, was Seine Majestät für sein eigenes Land dargelegt habe. Hinsichtlich der NATO beständen unterschiedliche Auffassungen zwischen Frankreich und Deutschland. Anlässlich der Regierungskonsultationen hätten er und der Bundesminister des Auswärtigen im Januar d.J. diese Fragen mit General de Gaulle in Paris besprochen.<sup>16</sup> Damals sei es auch zu einer Wiederbelebung des deutsch-französischen Vertrages<sup>17</sup> gekommen. Er sei davon überzeugt, daß man eine deutsch-französische Lösung zur Überwindung des Antagonismus zwischen Ost und West in Europa anstreben müsse. Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten und den anderen NATO-Partnern wolle man weiterentwickeln. Man wisse aber auch, daß nach der Periode des kalten Krieges eine neue Lage entstanden sei. Das Interesse der USA sei nunmehr anderen Teilen der Welt zugewandt. Als Präsident Johnson kürzlich in Deutschland war<sup>18</sup>, habe man versucht, ihn davon zu überzeugen, daß man die Bedeutung Europas in den Vereinigten Staaten nicht unterschätzen dürfe. Er glaube, daß ein Untergang Westeuropas auch das Ende der amerikanischen Freiheit bedeuten würde. Hier müsse ein neues „understanding“ angestrebt werden.

<sup>16</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 in Paris vgl. Dok. 14-17 und Dok. 19.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706-710.

<sup>18</sup> Der amerikanische Präsident hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den ehemaligen Bundeskanzler Adenauer in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Johnson am 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

Präsident Johnson habe ihn zu Besprechungen eingeladen. Es habe eine Zeit gegeben, in der es nicht zu echten Konsultationen gekommen sei. Sich konsultieren bedeute nun aber, daß man sich gründlich über gemeinsame Interessen ausspreche. Wo diese fehlten, fehle es auch an der Grundlage für eine gemeinsame Politik.

Seine Majestät kenne das nationale Problem der Deutschen. Man wolle für die Ostdeutschen Freiheit erwirken und dabei mit Geduld die bestehenden Schwierigkeiten ausräumen. Die neue Regierung arbeite dabei insofern mit neuen Methoden, als man nicht mehr nur sitzen und abwarten, sondern diese Frage in Bewegung bringen wolle, keineswegs jedoch in feindlicher Haltung gegenüber Sowjetrußland, weil man wisse, daß eine Lösung nur mit Sowjetrußland erreicht werden könne. Von den Staaten des europäischen Ostens wolle man nichts als gute Beziehungen. Die Rumänen hätten deshalb mit Moskau einigen Ärger gehabt. Allerdings sei das Unabhängigkeitsbestreben in Rumänien besonders stark, weswegen dieses Land seinerzeit ja auch einen Flirt mit China begonnen habe. Deutschland wolle jedoch in das Verhältnis zwischen den osteuropäischen Ländern und Sowjetrußland weder Animosität noch Konfliktstoff bringen, man hoffe, daß die Sowjets eines Tages verstünden, daß die Deutschen ihre Sache nicht aufgeben wollen und daß sie weiterhin um Verständigung bemüht sind. Natürlich rechne man auch mit der Unterstützung der USA gegen eine mögliche kommunistische Aggression. Des weiteren sei man entschlossen, die europäische Einheit zu fördern. Er reise morgen zur Konferenz der Regierungschefs nach Rom.<sup>19</sup> Er hoffe, daß dabei Fortschritte, insbesondere im Hinblick auf die Fusion der drei europäischen Gemeinschaften erzielt werden könnten. Vielleicht könne man auch über das Beitrittsurteil Großbritanniens Erwägungen anstellen. Seine Majestät habe bereits dargelegt, er wünsche, daß Großbritannien zu einem echten europäischen Lande werde. Die deutsche Regierung und auch die öffentliche Meinung Deutschlands teile diese Auffassung. Natürlich müßten sowohl Großbritannien als auch andere um den Beitritt ersuchende Länder, wie etwa Norwegen und Irland, die geschaffenen Realitäten ohne wesentliche Abänderungen akzeptieren. Zur Zeit gäbe es noch französische Bedenken, man hoffe aber, zu einer Lösung dieser Frage gelangen zu können.

Man wisse aber auch, daß man die Aufmerksamkeit nicht nur den europäischen Ländern zuwenden dürfe. Wenn die Zeit außerhalb Europas in Stücke gehe, dann auch in Europa. Daher könne er auch die Unterstützung Deutschlands für den Iran zusagen, wenngleich die Mittel Deutschlands begrenzt seien, insbesondere, wie Seine Majestät wohl wüßten, im militärischen Bereich.<sup>20</sup> Wirtschaftlich stecke Deutschland noch in einer Krise. Die öffentlichen Finanzen seien in sehr, sehr schlechter Verfassung. (Hierzu der Herr *Bundesminister des Auswärtigen*, daß seines Erachtens die Worte „sehr, sehr schlechte Verfassung“ einem „understatement“ gleichkämen.)

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte dann, man müsse nach Wegen für eine Lösung suchen. In seiner Regierungserklärung habe er ausdrücklich betont, daß

<sup>19</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 28./29. April 1967 anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge vgl. Dok. 197.

<sup>20</sup> Zur geplanten Kürzung der Ausrüstungshilfe im Bundeshaushalt vgl. Dok. 5, besonders Anm. 3.

der Haushalt in zwei Ansätzen nicht beschnitten werden dürfe: erstens bei den Mitteln für Wissenschaft und Technik und zweitens bei den Mitteln für Hilfeleistung nach außen.<sup>21</sup> Für das Jahr 1967 habe man im Haushalt diese Ansätze nicht gekürzt, während alle anderen Ansätze gekürzt wurden. Was die Hilfe an den Iran anbelange, belaufe sich die Kapitalhilfe Deutschlands für dieses Jahr auf 40 Millionen DM, die durch Aufbringung weiterer Mittel auf 70 Millionen ansteige.<sup>22</sup> Man werde weiterhin bemüht sein, dazu beizutragen, daß der Iran ein Land der Stabilität bleibe. Nach Überwindung der eigenen finanziellen Schwierigkeiten denke man die Hilfe weiter fortzusetzen. Freilich könne man nicht voraussagen, wann man der Schwierigkeiten Herr geworden sei. Die Prophezeiungsgabe der Staatsmänner sei leider nicht so wie sie sein sollte. Außenpolitik sei ein sehr schwieriges Geschäft geworden. Paul Valéry habe einmal in seinem Buch „Regards sur le monde actuel“ gesagt, früher habe man sich in der Außenpolitik über begrenzte Teilbereiche der Welt informieren müssen. Nunmehr sei die Welt ein einziger Aktionsbereich geworden, in der jeder Prognose nur noch der Wert eines Börsentips zukomme.<sup>23</sup>

Er gehe im übrigen mit der Analyse Seiner Majestät einig und hoffe, daß die Vereinigten Staaten Methoden entwickeln könnten, welche der Komplexität des Weltgeschehens besser angepaßt seien. Deutschland wolle gerne seinen Beitrag dazu leisten.

*Seine Majestät* dankte für die klaren Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers. Er habe zu den deutsch-iranischen Beziehungen nur die Frage, von welchem Zeitpunkt ab man sagen könne, ob sich eine deutsche Gruppe für eines der großen Projekte, von denen er gesprochen habe, interessieren würde. Man plane den Bau von 40 großen Stauwerken, welche die Bewässerung von einer Million Hektar gewährleisten sollen. Die mit den Stauwerken entstehenden Kraftwerke sollen Strom für Industriesiedlungen und die allgemeine Stromversorgung des Landes liefern. Da man Anfragen an alle Interessierten richten wolle, sei es von Interesse, über eine mögliche Beteiligung deutscher Gruppen frühzeitig informiert zu sein.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, der deutsche Botschafter in Teheran habe ihn dahingehend informiert, daß eine Gruppe deutscher Industrieller sich bereits mit der Prüfung dieser Projekte befasse.<sup>24</sup> Man hoffe, in nicht allzu ferner

21 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

22 Am 18. März 1967 zog Botschafter Bach, Teheran, eine Bilanz der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Iran. Trotz florierender Handelsbeziehungen sei der Iran enttäuscht darüber, „daß seine unverbrüchliche Freundschaft zum deutschen Volk und sein unbirrtetes Eintreten für deutsche politische Anliegen in Bonn zwar stets dankbar registriert, aber kaum honoriert wurde. [...] Die Iran gewährte deutsche Kapitalhilfe in Höhe von 200 Mio. DM und technische Hilfeleistungen im Gesamtvolume von rd. 30 Mio. DM ordnen nach iranischer Ansicht ihrem Land in der Gesamtbilanz deutscher Entwicklungshilfe einen unbedeutlichen Listenplatz ein. Die Schlüssefolgerung ist demnach auch: Nachkriegsdeutschland schätzt Iran zwar als größten Absatzmarkt seiner Produkte im Nahen Osten, ist aber darüber hinaus an der wirtschaftlichen Entwicklung nicht sehr interessiert.“ Vgl. Referat III B 6, Bd. 559.

23 Vgl. Paul VALÉRY, Regards sur le monde actuel, Paris 1931, S. 36–39.

24 Am 2. Oktober 1967 teilte das Bundesministerium für Wirtschaft mit, daß nach Angaben einer Delegation der Kreditanstalt für Wiederaufbau die Kosten für den Bau des Karoun-Staudammes „bei einer Kraftwerkskapazität von 500 MW (Endausbau auf 1000 MW geplant), einer Bewässerungsfläche von 30 000 ha und unter Einschluß der Hochspannungsleitung nach Teheran [...] auf

Zeit eine Antwort erteilen zu können. Eine Schwierigkeit ergebe sich daraus, daß der deutsche Haushalt nicht mehr für die Dauer eines Jahres, sondern für größere Zeiträume geplant wäre<sup>25</sup>, Projekte dieser Art müßten also in den nächsten Monaten eingearbeitet werden.

*Seine Majestät* erklärte dazu, daß nunmehr genauere Pläne vorlägen, auch im Hinblick auf die Bauwerke selbst. Man sehe wegen der statischen Probleme von einer aus Erde aufgeschütteten Staumauer für ein Staubecken von neun Milliarden Kubikmeter ab und wolle nunmehr Betonstaumauern für Becken mit einem Fassungsvermögen von zwei Milliarden Kubikmeter errichten lassen. Das Gesamtprojekt stelle eine Generationenaufgabe dar. Es handle sich dabei durchaus um eine lohnende Aufgabe, die kein Verlustgeschäft darstelle. Im übrigen sei bekannt, daß der Iran seinen Verpflichtungen immer nachgekommen sei.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* regte an, zur Förderung all dieser Programme spezifische politische Kontakte herzustellen.<sup>26</sup> Seine Majestät stimmte dem zu.

Der Herr *Bundeskanzler* wies auf die Besprechungen hin, die er kürzlich mit dem türkischen Premierminister<sup>27</sup> hatte. Dieser sei ein Mann, der über seine eigenen Grenzen hinausschau. In Europa habe man vielleicht in letzter Zeit zuviel im Rahmen der Bündnisse gedacht. Es sei aber auch wichtig zu erfahren, was man außerhalb Europas über die Wirtschaftshilfe hinaus tun könne, um den Frieden zu bewahren. Enge Kontakte seien diesem Gedanken nur förderlich. Im übrigen habe man auch ein politisches Interesse daran, daß im Nahen Osten der Frieden gewahrt bleibe. Die Zeiten seien vorbei, da Goethe in seinem Faust die Leute auf dem Osterspaziergang sagen lasse: „... wenn weit

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 806*

rd. DM 670 Mio. geschätz“ würden. Das Gesamtprojekt „dürfte allein von der Kostenseite aus betrachtet in seiner Größenordnung den Rahmen der deutschen Kapitalhilfe für Iran erheblich übersteigen“. Vgl. Referat III B 6, Bd. 547.

25 Am 10. April 1967 trat der Kabinettsausschuß für mittelfristige Finanzplanung unter Vorsitz von Bundeskanzler Kiesinger zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, um die Finanzvorschau für die Jahre 1967 bis 1971 zu beraten. Zu seinen Aufgaben gehörte die Gliederung der Bundesausgaben nach sachlichen Schwerpunkten und zeitlichen Prioritäten entsprechend der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 sowie die Einpassung der Finanzplanung in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Abschließende Besprechungen des Ausschusses fanden am 22./23. Juni 1967 statt. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 312 und S. 580.

Am 10. Mai 1967 verabschiedete der Bundestag eine Ergänzung zu Artikel 109 GG, die den Gesetzgeber ermächtigte, Grundsätze für eine konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft und für eine mehrjährige Finanzplanung aufzustellen. Daneben wurde ein Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums verabschiedet. Beide Gesetze gingen auf Vorlagen der Bundesregierung vom 2. September 1966 zurück. Für den Wortlaut des 15. Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes sowie des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes vom 8. Juni 1967 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1967, Teil I, S. 581.

26 Vom 9. bis 19. Mai 1967 hielt sich eine Delegation der Bundesregierung unter Leitung von Botschafter z.b.V. Schmidt-Horix zu Verhandlungen über den Abschluß eines Rahmenabkommens über Technische Hilfe in Teheran auf. Eine Einigung kam wegen unterschiedlicher Auffassungen hinsichtlich der Haftungsfreistellung für die Experten aus der Bundesrepublik, ihre freie Ein- und Ausreise sowie der Zollfreiheit für die Einfuhr von Verbrauchsgütern nicht zustande. Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschafters Bach, Teheran, vom 1. Juli 1967; Referat III B 6, Bd. 559.

27 Süleyman Demirel besuchte vom 9. bis 13. Mai 1967 die Bundesrepublik. Für das Communiqué vgl. BULLETIN 1967, S. 427 f.

in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen ...<sup>28</sup>. Damals habe die Türkei dem Denken der Frankfurter Bourgeoisie noch sehr fern gelegen. Wir wüßten heute, daß Sicherheit und Frieden in diesen Gebieten eigene Sicherheit bedeutet.

Was das deutsche Problem anbelange, wisse man die Auffassungen Seiner Majestät zu schätzen. Bei allem Bemühen um die Beseitigung des europäischen Antagonismus müsse man in der Frage der Freiheit aller Deutschen hart bleiben.

*Seine Majestät* entgegnete, seines Erachtens solle Deutschland in dieser Frage mit Frankreich und Großbritannien eng zusammenarbeiten. Wenn Großbritannien eines Tages einmal eine starke europäische Macht geworden sei, könnten sich auch die Aspekte dieses Problems wandeln. Es könnte durchaus sein, daß die osteuropäischen Länder einmal den Wunsch äußern, sich zunächst wirtschaftlich, später auch in anderer Form Westeuropa anzuschließen, so daß es schon im Hinblick auf die Entwicklung Chinas einmal zu einem gesamteuropäischen Gebilde kommt.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er glaube daran, daß alle diese Länder von Moskau unabhängig werden wollten. Man müsse sie davon überzeugen, daß ein gemeinsamer Weg möglich sei. Man habe oft über General de Gaulles von „Europa bis zum Ural“<sup>29</sup> gelächelt. Natürlich sei Sowjetrußland keine rein europäische Macht mehr, aber ein Körnchen Wahrheit könne doch in dieser Formulierung stecken. Er glaube, daß der Iran wie auch die Türkei in der weiteren Entwicklung eine wichtige Rolle spielen könnten. Wenn Moskau den Eindruck gewinne, daß im Südwesten Rußlands eine Anzahl freier Länder besteht, die Herr im eigenen Hause sein wollen, dann könnten sich auch die Möglichkeiten für eine gemeinsame Politik abzeichnen.

*Seine Majestät* bemerkte abschließend, daß er, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung Chinas, an solchen Möglichkeiten nicht zweifle.

Der Herr *Bundeskanzler* hat Weisung erteilt, eine Ausfertigung dieser Aufzeichnung dem Kaiserlich Iranischen Botschafter in Bonn zur Verfügung zu stellen.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 23**

28 Johann Wolfgang GOETHE, Faust. Erster Teil, Vers 860-867: „Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen/Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,/Wenn hinten, weit, in der Tür-  
kei,/Die Völker auf einander schlagen./Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus/Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;/Dann kehrt man abends froh nach Haus,/Und segnet Fried' und Friedenszeiten.“ Vgl. Goethes Werke. Hamburger Ausgabe in 14 Bänden, hrsg.  
von Erich Trunz, Bd. 3, 10. Auflage, München 1976, S. 34.

29 Vgl. dazu Dok. 55, Anm. 16.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I B 4-82.00-92.0-835/67 geheim

29. Mai 1967

Betr.: Nahost-Krise

hier: Gespräch zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und dem israelischen Botschafter

Am 28. Mai 1967 empfing der Herr Bundesminister des Auswärtigen den israelischen Botschafter, Herrn Ben Natan. An dem Gespräch nahm der Unterzeichnete teil.

Der Botschafter führte aus, daß die gegenwärtige Krise von der Sowjetunion veranlaßt worden sei. Die sowjetische Regierung habe der syrischen Regierung vor kurzem mitgeteilt, daß ein israelischer Angriff auf Syrien in der zweiten Hälfte Mai bevorstehe. Die syrische Regierung habe diese Mitteilung an die Ägypter weitergeleitet. Die VAR habe in Moskau zurückgefragt; dort sei die Meldung bestätigt worden. Die daraufhin von Nasser veranlaßten Aktionen seien durch das Verhalten U Thants erleichtert worden.<sup>1</sup> Nasser, der zunächst einen ungeheuren Prestigegegenstand erzielt habe, bedrohe nicht nur Israel, sondern auch die gemäßigten arabischen Staaten, insbesondere Jordanien. Für Israel sei durch die Sperrung des Golfes von Akaba eine höchst bedrohliche Lage entstanden. Israel könne die Schließung des Golfes sowohl aus politischen als auch wirtschaftlichen Gründen auf keinen Fall hinnehmen. Die Sperrung sei für Israel der Casus belli.<sup>2</sup> Der freie Zugang Israels zum Golf von Akaba sei von den Vereinigten Staaten 1957 garantiert worden<sup>3</sup>, ebenso von anderen Seemächten. Israel erwartet, daß dieses Engagement jetzt honoriert werde. Johnson habe gegenüber Abba Eban eine klare Sprache gesprochen.<sup>4</sup> Er sei bereit, den freien Zugang voll zu unterstützen. Die USA wollten aber zunächst die diplomatischen Möglichkeiten und die UNO-Prozedur ausschöpfen. Nach seiner, Ben Natans, Meinung sei von den Vereinten Nationen nichts zu erwarten. Einem Eingreifen des Sicherheitsrats stehe das sowjetische Veto entgegen. Ob in der Vollversammlung eine 2/3 Mehrheit zu erzielen wäre, sei

1 Vgl. dazu Dok. 181, Anm. 1 und 3.

2 Am 22. Mai 1967 übermittelte Botschafter Pauls, Tel Aviv, aus einem Gespräch im israelischen Außenministerium die Information, daß der israelische Außenminister Eban UNO-Generalsekretär U Thant sowie die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA davon unterrichtet habe, „daß Israel die freie Schiffahrt nach Eilath als absolut lebenswichtig ansiehe und jede Störung, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, was immer es koste, zurückweisen werde. Auf meinen Einwurf, daß Israel im Golf von Akaba nur über leichte Boote verfüge, die ägyptischen Zerstörern nicht gewachsen sein könnten, wurde geantwortet, daß, wenn Ägypten Eilath zu blockieren versuche, Israel dann „am anderen Ort mit anderen Mitteln“ reagieren müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 204, VS-Bd. 2576 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

3 In einem Aide-mémoire vom 11. Februar 1957 an die israelische Regierung legte die amerikanische Regierung dar, daß nach amerikanischer Rechtsauffassung der Golf von Akaba eine internationale Schifffahrtsstraße sei. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, 1957, S. 392f.

4 Der israelische Außenminister Eban hielt sich am 26. Mai 1967 zu Gesprächen in Washington auf. Vgl. dazu den Artikel „U.S. cautious of four-power deal“, THE TIMES, Nr. 56952 vom 27. Mai 1967, S. 10.

fraglich. Nasser habe eine Beratung im Sicherheitsrat beantragt. Dies sei für ihn wegen des zu erwartenden sowjetischen Vetos ein bloßer Schachzug, um den Status quo der letzten Tage zu konsolidieren. Über die Motive der Russen könne man nur spekulieren. Offenbar wollten sie, wie früher in Berlin, durch eine Diversion einen neuen Spannungsherd schaffen, einen Krieg wollten sie vermutlich nicht. Vor allem wollten sie Druck auf Amerika ausüben. – Sollte es wider Erwarten gelingen, in den nächsten Tagen durch Verhandlungen den freien Zugang Israels nach Eilat zu garantieren, so werde es für einige Zeit Ruhe geben (ob für die Dauer, hält der Botschafter für zweifelhaft). Komme es zu einer Garantie des freien Zugangs jedoch nicht, so bestehe höchste akute Gefahr. – De Gaulle verhalte sich zunächst nach außen hin reserviert; die Krise störe sein Entspannungskonzept. Er habe die israelische Regierung jedoch wissen lassen, daß er sich für den freien Zugang nach Eilat einsetzen und Israel durch Materialbeschaffung unterstützen werde. Auch die britische Regierung habe sich durch Brown in Moskau<sup>5</sup> für Israel bemüht.

Der Herr Bundesminister warf ein, Brown habe in Moskau den Eindruck gewonnen, daß die Russen keinen Krieg wollten.

Der Botschafter ergänzte, daß die Sowjets auf dem besten Wege seien, Schiedsrichter im Nahen Osten zu werden. Sie werden weiterhin schärfste Drohungen aussprechen, wollten ihre Ziele aber möglichst ohne Krieg erreichen. Zu diesen Zielen gehöre der Sturz Husseins, eine Wende zugunsten Nassers im Jemen, der gesicherte Einfluß auf den Irak, besonders wegen des Öls, die Verstärkung des Drucks auf den Iran usw. Die russische Initiative habe keine lokale Ausrichtung, sondern stehe mit dem Vietnamkonflikt in Zusammenhang (Druck auf die Amerikaner durch Erhöhung der Spannung in Nahost).

In seiner jetzigen Lage benötige Israel politische, militärische und finanzielle Unterstützung.

Von der Bundesregierung erbitte Israel zunächst Gasmasken für die Zivilbevölkerung (Gasmasken für die israelische Armee seien von den Amerikanern zur Verfügung gestellt worden). Mit einem ägyptischen Gaskrieg gegen Israel müsse gerechnet werden. Nasser habe im Jemen, als Vorbereitung eines Schlags gegen Israel, mit dieser Art der Kriegsführung experimentiert.<sup>6</sup> Von einem privaten deutschen Hersteller habe die israelische Regierung bereits 10 000 Gasmasken gekauft, die mit El Al vom Rhein-Main-Flughafen abtransportiert worden seien. Insgesamt benötige Israel für die Zivilbevölkerung 200 000 Gasmasken. Die hiesige israelische Botschaft stehe mit dem Bundesverteidigungsministerium wegen einer größeren Lieferung aus Bundeswehrbeständen (mindestens 20 000–30 000 Stück) in Verbindung. Zunächst habe die Botschaft den Eindruck gehabt, als ob das Bundesverteidigungsministerium die Gasmasken für Israel freigeben würde, zumal das Auswärtige Amt, wie der Botschaft be-

<sup>5</sup> Der britische Außenminister Brown hielt sich vom 24. bis 26. Mai 1967 in der UdSSR auf. Vgl. dazu den Artikel „Russia tells Britain: Stop Backing Israel“, THE TIMES, Nr. 56952 vom 27. Mai 1967, S. 1.

<sup>6</sup> Am 2. Juni 1967 teilte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) mit, daß ein Sanitätsteam bei der Versorgung von Opfern eines Luftangriffs im Nordjemen Hinweise auf den Einsatz von Giftgas gefunden habe. Vgl. dazu AdG 1967, S. 13221.

kannt sei, keine politischen Bedenken erhoben habe. Nach den letzten Nachrichten der Botschaft sei die Entscheidung des Bundesverteidigungsministeriums jedoch wieder in Frage gestellt. Er, der Botschafter, erwarte dringend eine positive Antwort. Eine sofortige negative Antwort sei ihm sogar lieber als eine positive Antwort in einiger Zeit.

Ferner sei die israelische Regierung an einer Erklärung der Bundesregierung über den freien Zugang von Akaba, wenigstens über das deutsche Interesse an der Freiheit der Schifffahrt und der Seewege, interessiert. Die Erklärung von Herrn von Hase<sup>7</sup> habe er, der Botschafter, als unglücklich empfunden.

Darüber hinaus bitte die israelische Regierung um jede Art von Unterstützung, auch um Materialhilfe nichtmilitärischen Charakters. Die Bundesregierung möge prüfen, ob etwaiges verdächtiges Material über dritte Staaten, z.B. Frankreich, geliefert werden könne. Winzer habe bekanntlich den arabischen Staaten weitgehende Hilfe aller Art zugesagt.

Sodann bitte die israelische Regierung um eine Beschleunigung bei der Leistung unserer Wirtschaftshilfe. Bundesfinanzminister Dr. Strauß sei bereit zu helfen.

Abschließend wolle er noch einmal betonen, daß die Schließung des Golfes von Akaba für Israel völlig untragbar sei. Die nächsten zwei bis drei Tage würden vermutlich entscheidend sein.

Der Herr Bundesminister sagte, daß auch für ihn die Haltung Winzers in dieser Angelegenheit bedrückend sei. Im übrigen müsse in dieser Situation an die Verantwortung der Großmächte appelliert werden. Die Berichterstattung unserer Botschaft in Tel Aviv zeige das Bild einer zunehmenden Zuspitzung, während unsere Vertretung in Kairo eher ruhiger als im Anfang der Krise berichte.

Der Botschafter wies darauf hin, daß verschiedene westliche Staaten in den letzten Tagen Erklärungen über die Freiheit der Seewege, zum Teil unter Erwähnung des Golfes von Akaba, abgegeben hätten.<sup>8</sup>

Der Herr Bundesminister sagte zu, daß wir die israelischen Wünsche beschleunigt prüfen würden. Während der nächsten Tage würden im Auswärtigen Amt Herr Staatssekretär Schütz und der Unterzeichnete dem Botschafter für weitere Fühlungnahme zur Verfügung stehen.

Zur Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren hätten wir uns bereits geäußert.<sup>9</sup> Im übrigen würden wir uns die Erklärungen anderer westlicher Regierungen gründlich ansehen.

<sup>7</sup> Am 24. Mai 1967 erklärte der Chef des Presse- und Informationsamtes vor der Bundespressekonferenz zur Sperrung des Golfs von Akaba: „Ich möchte zu dieser Frage nicht Stellung nehmen. Es ist eine Frage, die völkerrechtliche und politische Akzente hat.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 29. Mai 1967; VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Vgl. dazu auch die Erklärung des Präsidenten Johnson vom 23. Mai 1967; PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1967, S. 561–563. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 299 f.

<sup>9</sup> Am 26. Mai 1967 wurde seitens des Auswärtigen Amtes erklärt: „Nach unserer Ansicht sollte das Prinzip der Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren gewahrt bleiben.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 29. Mai 1967; VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Zur Frage der Gasmasken werde das Auswärtige Amt mit dem für die Lieferung aus Bundeswehrbeständen zuständigen Bundesverteidigungsministerium Kontakt halten.

Bei einer Besprechung, die unmittelbar danach im Bundeskanzleramt unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers stattfand, berichtete der Bundesminister des Auswärtigen über sein Gespräch mit Ben Natan. Der Herr Bundeskanzler sprach sich für die Erfüllung des israelischen Wunsches auf Lieferung von Gasmasken aus Bundeswehrbeständen aus. Diese Lieferung sollte tunlich kommerzialisiert werden, d.h. durch die Zwischenschaltung der Herstellerfirmen als Lieferer. Falls erreichbar, sollten die Gasmasken ohne Erkennungszeichen der Bundeswehr geliefert werden.

Der Bundesminister für Verteidigung, Dr. Schröder, dem der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesminister des Auswärtigen von dieser Entscheidung des Bundeskanzlers Mitteilung machten, sagte Prüfung der Angelegenheit in seinem Hause zu, äußerte jedoch Bedenken wegen der Opportunität und Durchführbarkeit des Vorhabens.

Herr Staatssekretär Knieper sagte mir nach der Sitzung bei dem Herrn Bundeskanzler, daß nach Auskunft von Staatssekretär Gumbel vielleicht etwa 20000 Gasmasken für Israel aus Beständen des zivilen Luftschutzes zur Verfügung gestellt werden könnten, falls das Bundesverteidigungsministerium seine Bedenken aufrechterhalten sollte.

Der israelische Botschafter hatte ebenfalls dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen gegenüber zu erkennen gegeben, daß seine Botschaft mit dem Bundesinnenministerium bereits in Verbindung stehe.<sup>10</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>12</sup> vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

<sup>10</sup> Zum israelischen Wunsch nach Lieferung von Gasmasken aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 190.

<sup>11</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 29. Mai 1967 vorgelegen.

<sup>12</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

**Gespräch des Staatssekretärs Schütz  
mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin**

**Z A 5-72.A/67 geheim**

**29. Mai 1967<sup>1</sup>**

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Schütz, empfing am 29. Mai 1967 um 12.15 Uhr in Anwesenheit von VLR I Dr. Blumenfeld den sowjetischen Botschafter Zarapkin zu einer Unterredung, um die der Botschafter nachgesucht hatte.

Einleitend sagte Botschafter *Zarapkin*, er sei gekommen, um mit dem Staatssekretär über einen sehr schwierigen Fall zu sprechen. Wie bekannt, sei am 25. Mai 1967, einem Donnerstag, ein sowjetisches Flugzeug vom Typ MIG 17 mit dem sowjetischen Piloten Jepatko an Bord in der Nähe von Augsburg notgelandet.<sup>2</sup> Am Freitag, dem 26. Mai 1967, habe der sowjetische Gesandte Kudrjawzew mit dem Leiter der II. Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Ruete, ein Gespräch über diesen Vorfall geführt. Hierbei habe Kudrjawzew das Auswärtige Amt gebeten, möglichst umgehend ein Treffen zwischen Vertretern der sowjetischen Botschaft und dem Piloten zu arrangieren. Ferner habe er um Maßnahmen der Bundesregierung zwecks Übergabe des Flugzeugs an sowjetische Behörden ersucht.

In diesem Zusammenhang sei es bemerkenswert, daß die westdeutschen Behörden es nicht für notwendig erachtet hätten, die sowjetische Botschaft von der Notlandung des sowjetischen Flugzeugs zu unterrichten. Die Botschaft habe am 25. Mai erst durch den Rundfunk und durch Anrufe von amerikanischen bzw. deutschen Korrespondenten von dem Ereignis erfahren.

Der Botschafter fuhr fort, Herr Ruete habe dem Gesandten Kudrjawzew versichert, das Auswärtige Amt werde sich dafür einsetzen, daß das Flugzeug an die zuständigen sowjetischen Behörden ausgeliefert werde.<sup>3</sup> Er habe ferner gesagt, daß im Zeitpunkt des Gesprächs mit Kudrjawzew bereits über die Modalitäten der Übergabe beraten werde. Ferner habe Herr Ruete erklärt, daß das sowjetische Flugzeug unter Bewachung der Bundeswehr stehen werde. Am Abend des 26. Mai hätten Soldaten der Bundeswehr tatsächlich die Bewachung des Flugzeuges übernommen. Zur sowjetischen Forderung, eine Begegnung mit dem Piloten herbeizuführen, habe Herr Ruete gesagt, das Auswärtige Amt werde sich in jeder Weise bemühen, ein solches Treffen zustandezubringen. Der sowjetische Pilot Jepatko habe sich also zum Zeitpunkt des Gesprächs

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Buring gefertigt.

Hat Staatssekretär Schütz am 1. Juni und Bundesminister Brandt am 5. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu dem Vorfall stellte Ministerialdirektor Ruete am 26. Mai 1967 fest: „Am 25. Mai 1967 um 12.15 Uhr ist 15 km ostwärts von Dillingen/Donau ein sowjetischer Düsenjäger des Typs MIG 17 bei Augsburg notgelandet. Die Maschine ist leicht beschädigt. Der Pilot, Leutnant Wassilij Jepatko, geb. in Kutschevskaja/Krasnada am 14.1.1942, ist unverletzt. Er befindet sich in der Kaserne des Fernmeldebataillons in Dillingen. Er hat den Wunsch geäußert, nicht zu seiner Einheit zurückzukehren.“ Vgl. VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 26. Mai 1967; VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

zweifellos noch in der Hand westdeutscher Behörden befunden. Schließlich habe Herr Ruete dem sowjetischen Gesandten zugesichert, daß man die sowjetische Botschaft über die in dieser Frage von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen unterrichten werde.

Was sei nun aber tatsächlich erfolgt? Sofort nach Beendigung des Gesprächs zwischen Ruete und Kudrjawzew, so fuhr der Botschafter fort, sei der Apparat des Auswärtigen Amts in Bewegung gesetzt worden, aber leider nicht in der von der sowjetischen Seite gewünschten Richtung. Das Flugzeug sei nicht den sowjetischen Stellen, sondern den Amerikanern übergeben worden, und statt ein Treffen zwischen Botschaftsvertretern und dem Piloten zu arrangieren, sei dieser der amerikanischen Botschaft überstellt worden. Weitere Gespräche mit dem Auswärtigen Amt hätten ebenfalls nichts Positives ergeben, sondern lediglich gezeigt, daß das Amt in dieser Frage eine ausweichende Haltung einnehme.

Die sowjetische Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland bestehe auf einer persönlichen Begegnung mit dem Piloten. Solange ein Treffen mit dem festgehaltenen sowjetischen Militärangehörigen Jepatko nicht zustandegekommen sei, müsse die sowjetische Botschaft die Glaubwürdigkeit der von der westdeutschen Seite über den genannten Vorfall verbreiteten Meldungen in Zweifel stellen und von der Annahme ausgehen, daß der sowjetische Pilot Jepatko von westdeutschen Behörden willkürlich festgenommen worden sei.

Anmerkung des Übersetzers: Die in dem letzten Satz enthaltenen Feststellungen wiederholte der Botschafter im Laufe des Gesprächs nachdrücklich noch zweimal.<sup>4</sup>

Der Herr Staatssekretär antwortete, der erwähnte Zwischenfall habe sowohl die Bundesregierung als auch das Auswärtige Amt stark beschäftigt und ihnen viel Kopfzerbrechen bereitet. Zu den Ausführungen des Botschafters wolle er folgendes feststellen: Der sowjetische Pilot sei nicht auf Wunsch der Bundesregierung in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingeflogen. Der Grund für diesen Schritt sei wohl besser mit dessen Vorgesetzten zu klären. Es sei nicht die Politik der Bundesregierung, derartige Handlungen zu fordern und fremde Piloten zum Einfliegen in das Bundesgebiet zu ermutigen. Der Bundesregierung könne also für die Tatsache, daß der Pilot hierher geflogen sei, keine Verantwortung zufallen. Er wolle nicht auf die vom Botschafter vorgenommene chronologische Aufzählung der Ereignisse eingehen, doch sei er, falls der Botschafter dies wünsche, bereit, bis heute abend oder morgen

<sup>4</sup> Die sowjetische Regierung protestierte zunächst in Noten vom 3. bzw. 19. Juni 1967 gegen die Behandlung des Vorfalls durch die Bundesregierung und gegen angebliche Behinderungen in ihrem Bemühen um ein Gespräch mit dem sowjetischen Piloten Jepatko. In einer weiteren Note vom 14. Juli 1967 bestätigte sie ihrem Standpunkt, daß „die offiziellen Behörden der BRD klare Willkür über den sowjetischen Staatsbürger und über das Eigentum des sowjetischen Staates walten gelassen haben sowie daß diese Verletzung der allgemein anerkannten Normen von Anfang an vorätzlichen Charakter trug. Die Verweisung auf die Interessen einer dritten Macht kann natürlich die Regierung der Bundesrepublik von der Verantwortung für alle Folgen der rechtswidrigen Handlungen nicht befreien, einschließlich für den Schaden, der damit den Beziehungen zwischen unseren Staaten zugefügt wird.“ Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II A 4 vom 13. Juli 1967 sowie die Note der sowjetischen Regierung vom 14. Juli 1967; Vgl. VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

früh schriftlich auf die von dem Botschafter gemachten Vorwürfe zu antworten. Einige kurze Bemerkungen wolle er aber schon jetzt machen.

Der 25. Mai, also der Tag des Zwischenfalls, sei in diesem Teil der Bundesrepublik gesetzlicher Feiertag. Am folgenden Tage habe das Auswärtige Amt sofort Kontakt mit der sowjetischen Botschaft aufgenommen, wobei versichert worden sei, daß die Bundesregierung versuchen werde, das Flugzeug zurückzugeben und ein Treffen zwischen Botschaftsvertretern und dem Piloten zu arrangieren. Diese Bemühungen dauerten noch an. Der sowjetische Pilot sei von westdeutschen Behörden nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Bundesregierung es vorziehen würde, wenn ein Gespräch zwischen ihm und Vertretern der Sowjetbotschaft zustande käme.

Wie dem Auswärtigen Amt bekannt sei, habe die sowjetische Regierung bereits am 26. Mai um 11 Uhr mit den Amerikanern Kontakt über den Vorfall aufgenommen, offenbar über die amerikanische Militärmmission in Potsdam. Die Bundesregierung beklage sich auch gar nicht über diese Tatsache, sondern sie halte diese Kontaktaufnahme für richtig, weil es ja notwendig sei, so rasch wie möglich eine Klärung herbeizuführen. Nun sei allerdings zu vermerken, daß der sowjetische Pilot erklärt habe, er wünsche nicht mit Vertretern der sowjetischen Botschaft zu sprechen. Er habe vielmehr darum ersucht, in amerikanischen Gewahrsam zu kommen. Diesem Wunsch habe sich die westdeutsche Seite nicht entziehen können.<sup>5</sup>

Am 26. Mai sei dem sowjetischen Botschaftsrat Matwejew vom Auswärtigen Amt erklärt worden, man erwarte, daß sich die sowjetische Botschaft wegen des Gesprächs mit dem Piloten mit der amerikanischen Botschaft in Verbindung setze. Das Auswärtige Amt sei seinerseits bereit, sich vermittelnd einzuschalten und, falls die Sowjetbotschaft dies wünsche, dem Piloten ein Schreiben der Botschaft zu übergeben.

Zusammenfassend sagte der Herr Staatssekretär, die Bundesregierung habe diesen Zwischenfall weder gewünscht noch herbeigeführt, und die Tatsache, daß das sowjetische Flugzeug hier gelandet sei, falle in die Verantwortung anderer. Dem Auswärtigen Amt sei bekannt, daß wegen der Übergabe des Flugzeugs sowjetische Militärbehörden mit amerikanischen Militärbehörden in direktem Kontakt stünden. Das Auswärtige Amt werde sich gegebenenfalls unterstützend einschalten, um die Übergabe zu gewährleisten.<sup>6</sup> Was nun das Ge-

5 Dazu stellte Referat II A 4 am 13. Juli 1967 fest, daß für die Bundesregierung keine vertragliche oder völkerrechtliche Verpflichtung bestehe, sowjetische Staatsangehörige an die Sowjetunion auszuliefern, und eine freiwillige Übergabe „mit der deutschen Auslieferungspraxis gegenüber Ostblockstaaten nicht vereinbar“ sei: „Der Pilot hätte ein Recht darauf gehabt, in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl zu bitten (Art. 16, Abs. 2, Satz 2 GG). Er konnte auch den Wunsch äußern, sich in einen anderen Staat zu begeben. Er hat es jedoch vorgezogen, sich in den ‚Gewahrsam‘ der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland zu begeben. Die deutsche Hoheitsgewalt schließt das Recht der zuständigen deutschen Behörden ein, diesem Wunsch des Piloten stattzugeben.“ Vgl. VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

6 Das sowjetische Flugzeug wurde am 3. Juni 1967 am Grenzübergang bei Herleshausen „von den Amerikanern in Anwesenheit deutscher Offiziere an eine sowjetische Offizierskommission übergeben“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats II A 4 vom 13. Juli 1967; VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Dazu notierte Ministerialdirektor Ruete, die amerikanische Botschaft in Bonn habe bestätigt, „daß einige Teile des Flugzeugs und seines Zubehörs von amerikanischen Dienststellen entnommen wurden seien. Eine Wiederbeschaffung dieser Teile sei außerordentlich schwierig oder unmöglich.“

spräch mit dem Piloten anbelange, so würde das Auswärtige Amt ein solches Gespräch zwar begrüßen, könne aber andererseits den Piloten nicht zwingen, ein Gespräch zu führen. Der Pilot habe es bisher abgelehnt, mit sowjetischen Vertretern zu sprechen, und gebeten, den Amerikanern übergeben zu werden. Diese Willensäußerung sei respektiert worden.

Die Bundesregierung und das Auswärtige Amt seien bemüht, diesen schwierigen Zwischenfall schnell und fair zu behandeln und zu bereinigen in der Hoffnung, daß er zu keiner Trübung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland führen werde.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, wenn es um Schnelligkeit gehe, so habe die Bundesregierung lediglich darin Schnelligkeit bewiesen, daß sie Flugzeug und Piloten schnell den Amerikanern übergeben habe. Im übrigen versuche niemand, der Bundesregierung auch nur die geringste Verantwortung für die Notlandung des Piloten im Bundesgebiet zuzuschieben. Was nun das Angebot des Staatssekretärs angehe, dem Piloten ein Schreiben der Botschaft zu übermitteln, so sehe er dafür keine Notwendigkeit. Die sowjetische Botschaft wünsche ausdrücklich eine persönliche Begegnung mit dem Piloten, um die Begleitumstände des Vorfalls klären zu können. Solange dieses Treffen verweigert werde, müsse sie bei ihrem Standpunkt bleiben, daß der Pilot von westdeutschen Behörden willkürlich festgenommen worden sei. Er bitte das Auswärtige Amt nochmals, möglichst rasch ein Treffen mit dem Piloten zu ermöglichen und die Botschaft über den Zeitpunkt eines solchen Gesprächs zu unterrichten.

*Staatssekretär Schütz* antwortete, er habe seinen Ausführungen eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Er wolle nur noch feststellen, daß bei der Bundesregierung der Eindruck bestehe, es handele sich bei dem Zwischenfall wohl nicht um eine Notlandung, sondern darum, daß der Pilot aus freien Stücken gelandet – nicht notgelandet – sei. Er versichere nochmals, daß die Bundesregierung sehr daran interessiert sei, den Zwischenfall rasch und auf möglichst stille Weise zu bereinigen. Daß sie dabei eng mit den amerikanischen Behörden zusammenarbeite, sei selbstverständlich, genauso wie es selbstverständlich sei, daß die sowjetischen Militärstellen mit den amerikanischen Militärbehörden Verbindung aufgenommen hätten. Schließlich seien ja alle Beteiligten daran interessiert, den Vorfall zu klären und zu bereinigen. Zu dem so nachdrücklich vorgetragenen Wunsch nach einer Begegnung mit dem Piloten könne er nur wiederholen, daß die Bundesregierung eine Begegnung zwar für wünschenswert halte, den Piloten aber zu einem Gespräch mit Botschaftsvertretern weder zwingen könne noch werde. Dies sei die verfassungsmäßige Lage in der Bundesrepublik Deutschland.

Botschafter *Zarapkin* sagte, die sowjetische Seite müsse, sofern ein Treffen mit dem Piloten zwecks Aufklärung des Sachverhalts nicht zustande käme, das Verhalten der Bundesregierung als unfreundlichen Akt werten. Da er seiner Regierung nun berichten müsse, bitte er den Staatssekretär um umgehende

*Fortsetzung Fußnote von Seite 815*

Entnahmen solcher Teile sind [...] üblich und werden im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis nicht zugegeben. [...] Laut Auskunft des BMVtdg (Oberstl[eutnan]t Frank) hat auch der BND Ausrüstungsgegenstände des Flugzeugs entnommen, und zwar ein Zielfotogerät, eine Zündpatrone für den Schleudersitz und einige normale Patronen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 27. Juni 1967; VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Benachrichtigung, wenn die Voraussetzungen für eine Begegnung mit dem Piloten geschaffen worden seien.<sup>7</sup>

Der Herr *Staatssekretär* sagte abschließend, das Auswärtige Amt werde sich weiterhin um eine Unterredung bemühen, die freie Entscheidung des Piloten müsse jedoch berücksichtigt werden.<sup>8</sup>

Die Unterredung dauerte etwa eine Stunde.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

## 190

### **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg**

**I B 4-83.00-92-836<sup>1</sup>/67 geheim**

**29. Mai 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Gespräch des Herrn Staatssekretärs mit dem israelischen Botschafter  
Ben Natan

Der Herr Staatssekretär empfing den israelischen Botschafter Ben Natan heute um 15.30 Uhr zu einem etwa 20 Minuten dauernden Gespräch. Auf israelischer Seite war noch der Gesandte Idan, auf deutscher Seite MD Professor Dr. Meyer-Lindenberg und VLR I Dr. Gehlhoff anwesend.

Herr Staatssekretär Schütz erklärte dem Botschafter, man solle versuchen, jetzt täglich miteinander in Verbindung zu bleiben, sei es, daß man sich sehe, sei es, daß man miteinander telefoniere. Gegebenenfalls<sup>2</sup> könne diese Verbindung auch<sup>3</sup> mit der Abteilung I aufrechterhalten bleiben.

Auf die Frage des Herrn Staatssekretärs, wie es jetzt mit der Ausfuhr von Gasmasken nach Israel<sup>4</sup> stehe, erklärte der Botschafter, er habe heute vormittag mit Staatssekretär Knieper gesprochen. Eine Entscheidung sei noch nicht gefallen. Staatssekretär Knieper habe bis heute 17 Uhr eine Unterrichtung

<sup>7</sup> Ein Gespräch zwischen Angehörigen der sowjetischen Botschaft und dem sowjetischen Piloten Jepatko fand am 1. Juni 1967 in Frankfurt/M. statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete; VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Am 17. Juli 1967 hielt Ministerialdirektor Ruete Informationen der amerikanischen Botschaft in Bonn fest, wonach sich „der sowjetische Pilot Jepatko nach langem Zögern nunmehr entschlossen [habe], in die Sowjetunion zurückzukehren. Die amerikanischen Behörden haben ihm erklärt, daß sie auch diesen Wunsch respektieren würden.“ Vgl. VS-Bd. 4203 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967. Am 24. Juli 1967 übermittelte die amerikanische Botschaft in Bonn das Einverständnis der amerikanischen Regierung, „daß der Pilot Jepatko in den USA an die sowjetischen Behörden überstellt wird. Diese Überstellung dürfte jedoch zur Zeit nicht akut sein, da Jepatko seine Auffassung wieder geändert und erklärt habe, in den USA bleiben zu wollen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter; VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff konzipiert.

<sup>2</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Notfalls“.

<sup>3</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg gestrichen: „einmal“.

<sup>4</sup> Zum israelischen Wunsch nach Lieferung von Gasmasken aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 188.

darüber zugesagt, ob die Lieferung der Gasmasken über das Bundesverteidigungsministerium oder das Bundesinnenministerium vorgenommen werde. Israel benötige insgesamt 250 000 Gasmasken; aus Deutschland erhoffe man sich die größtmögliche Lieferung, man denke an 20 bis 30 000 Stück.<sup>5</sup>

Der Herr Staatssekretär wies darauf hin, daß der Sprecher des Auswärtigen Amtes kürzlich erklärt habe, nach Ansicht der Bundesregierung solle das Prinzip der Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren gewahrt bleiben.<sup>6</sup> Diese Erklärung sei, wie Botschafter Pauls berichtet habe, von dem israelischen Ministerpräsidenten mit Dankbarkeit und Befriedigung aufgenommen worden.<sup>7</sup> Das Auswärtige Amt sei im übrigen bereit, seine Erklärung auf eine Anfrage der Presse noch einmal zu wiederholen.

Der Botschafter entgegnete hierzu, wenn die von dem Sprecher des Auswärtigen Amtes abgegebene Erklärung für die Bundesregierung verbindlich sei, so könne diese als befriedigend angesehen werden.

Zum selben Thema erläuterte der Herr Staatssekretär, daß die Bundesregierung auch gegenüber allen anderen Regierungen, die an der Schifffahrt im Golf von Akaba nachhaltig interessiert sind, ihre Haltung in der Schifffahrtsfrage bekanntgegeben und erläutert habe. Auch Botschafter Pauls habe zur Unterichtung der israelischen Regierung eine entsprechende Weisung erhalten.<sup>8</sup>

Zur Frage der diesjährigen deutschen Wirtschaftshilfe an Israel erklärte der Herr Staatssekretär, wir seien bemüht, diese Hilfe so schnell wie möglich zu geben. Es müßte, wie bei uns üblich, noch eine Reihe von Instanzen beteiligt werden; mit Hindernissen rechne er aber nicht.

Botschafter Ben Natan brachte zur Sprache, daß im März 1967 eine deutsche Lizenz zur Ausfuhr von 30 000 Zündern nach Israel (sie sind bestimmt für an die Bundeswehr zu liefernde Granaten) erteilt worden sei, nachdem bereits im Januar 1967 eine Lizenz zur Ausfuhr von 60 000 Zündern erteilt worden war. Eine Teillieferung dieser von der Firma Junghans hergestellten Zünder habe am 3. Juni in Hamburg verschifft werden sollen. Jetzt liege eine Nachricht aus dem Wirtschaftsministerium vor, derzufolge die Verschiffung von Zündern bis auf weiteres gesperrt sei. Es stehe auch noch die Lieferung von anderen Zündern (des Typs AZ DM 111 A 2) zur Diskussion; hierzu sei der Vertrag aber noch nicht unterschrieben.

Der Herr Staatssekretär sagte zu, die Frage der Lieferung der vorerwähnten 30 000 Zünder noch heute prüfen zu lassen.<sup>9</sup>

<sup>5</sup> Am 1. Juni 1967 beschloß das Bundeskabinett einstimmig, dem israelischen Wunsch nach Lieferung von 20 000 Gasmasken zu entsprechen. Vgl. dazu die Meldung „Gasmasken werden heute nach Israel geflogen“, SÜddeutsche Zeitung, Nr. 132 vom 3./4. Juni 1967, S. 2.

<sup>6</sup> Zur Erklärung vom 28. Mai 1967 vgl. Dok. 188, Ann. 9.

<sup>7</sup> Am 29. Mai 1967 notierte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg: „Botschafter Pauls hat am 27. Mai 1967 berichtet, daß Ministerpräsident Eshkol die Erklärung des Auswärtigen Amtes zur Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren befriedigt und dankbar aufgenommen habe. Der Leiter der Westeuropa-Abteilung des israelischen Außenministeriums hat namens seiner Regierung Botschafter Pauls für diese Erklärung gedankt.“ Vgl. VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 186.

<sup>9</sup> Am 2. Juni 1967 teilte Ministerialdirigent Graf von Hardenberg dazu mit: „Das Bundesverteidigungsministerium hat den Israelis für den Herbst dieses Jahres einen Auftrag auf Lieferung von 100 000 Schuß Munition für 120 mm Mörser in Aussicht gestellt. Die Israelis haben, um eine kon-

Der Herr Staatssekretär äußerte, daß die politische Lage nach unserem Eindruck heute unverändert sei. Botschafter Ben Natan antwortete, soeben habe er in den Rundfunknachrichten gehört, daß israelisches Gebiet vom Gaza-Streifen aus beschossen worden sei.

Der Herr Staatssekretär betonte, daß bisher noch kein deutsches Schiff bei der Einfahrt in den Golf von Akaba kontrolliert worden sei; anders lautende Mitteilungen seien von den Ägyptern (zu eigenen Zwecken) ausgestreut worden. Die Kapitäne unserer Schiffe hätten Anweisung, gegebenenfalls eine Kontrolle nur unter Protest vornehmen zu lassen.<sup>10</sup>

Zum Schluß wies der Herr Staatssekretär auf den erklärten Grundsatz der Bundesregierung hin, sich nicht in regionale Konflikte einzumischen.<sup>11</sup> Unterhalb dieser Schwelle wolle die Bundesregierung Israel aber jede mögliche Hilfe geben. Falls es aber erforderlich werden sollte, von dem Grundsatz abzuweichen, müßten darüber neue Gespräche stattfinden. Der Botschafter entgegnete, daß er am morgigen Tage den israelischen Finanzminister Sapir in Paris treffen und von diesem möglicherweise eine Liste des gegenwärtig von Israel benötigten Materials erhalten werde.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>12</sup> vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

**VS-Bd. 2640 (I B 4)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 818*

tinuierliche Fabrikation in ihrem Munitionsbetrieben sicherzustellen, diese Munition bereits hergestellt. Die deutschen Zulieferer von Zündern haben bereits 70 000 Zünder für diese Munition nach Israel geliefert und selbst vorfinanziert. Es handelt sich jetzt um die Lieferung der letzten 30 000 Zünder. Der Transport dieser Zünder ist [...] durch den Vertreter des Bundesverkehrsministeriums im Krisenstab zur Sprache gebracht worden. Der Krisenstab habe das Verbot des Transports der 30 000 Zünder angeordnet. Das zuständige Referat der Abteilung III ist nicht informiert worden. Inzwischen hat Bundesverteidigungsminister Schröder von dieser Entscheidung des Krisenstabs gehört und sie gutgeheißen.“ Vgl. VS-Bd. 2648 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Am 30. Mai 1967 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff, daß seit Ausbruch der Nahost-Krise nur die „Stolzenfels“ den Hafen von Akaba angelaufen habe, dabei aber weder angehalten noch kontrolliert worden sei: „Kapitäne deutscher Schiffe sind durch Bundesverkehrsministerium gebeten worden, eventuell stattfindende erweiterte Kontrolle der Schiffspapiere und des Schiffs bei Einfahrt in Golf von Akaba nur unter Protest zuzulassen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 59 an die Botschaft in Den Haag; VS-Bd. 2576 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 10.

Am 29. Mai 1967 informierte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg Staatssekretär Schütz, daß der israelische Botschafter Ben Natan gegenüber Bundesminister Brandt am Vortag auch die Frage der Lieferung von Material für militärische Zwecke aufgeworfen habe, „wobei er zwischen verdächtigem und unverdächtigem Material unterschied. Hierzu ist folgendes zu bemerken: Es ist die erklärte Politik der Bundesregierung, sich in regionale Konflikte im Nahen Osten nicht einzumischen. Wir haben ferner mehrfach erklärt, so zuletzt gegenüber dem Generalsekretär der Arabischen Liga Ende April 1967, daß die Bundesregierung keine Waffen in Spannungsgebiete liefere, also weder an Israel noch an seine arabischen Nachbarn. Ohne eine erneute Entscheidung des Kabinetts können wir von dieser Linie nicht abweichen.“ Vgl. VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 30. Mai 1967 vorgelegen.

191

**Botschaftsrat Loeck, Belgrad, an das Auswärtige Amt**

**II A 5-82.00-94.13-725/67 VS-vertraulich**  
**Schriftbericht Nr. 449**

**29. Mai 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Deutsch-jug[oslawisches] Verhältnis  
 hier: Entwicklung seit der Karlsbader Konferenz<sup>2</sup> und künftige eigene  
 Schritte

Bezug: Bericht vom 6. März 1967 – II A 5-82.00-8/67, Ber. Nr. 230/67 VS-vertr.

I. a) Seitdem erkennbar geworden ist, daß die Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien, dem auf der Warschauer Außenministerkonferenz vom Februar d. J.<sup>3</sup> und der Karlsbader Konferenz ausgeübten sowjetisch-polnischen Druck folgend, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Deutschland bis auf weiteres zurückgestellt haben, macht sich in den jug[oslawischen] Äußerungen zur Frage der weiteren Gestaltung des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses ein neuer Akzent bemerkbar.

Der erste Abschnitt der deutsch-jugoslawischen Wiederannäherung, die durch die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers in der Pressekonferenz vom 16. Januar 1967<sup>4</sup> und des Herrn Bundesministers des Auswärtigen vor dem Verein der Auslands presse vom 23. Februar 1967<sup>5</sup> eingeleitet worden ist, war durch den stets aufs neue geäußerten jug[oslawischen] Wunsch nach möglichst baldiger Wiederherstellung der dipl[omatischen] Beziehungen gekennzeichnet. Zwar lautete die amtliche Sprachregelung stets, daß man es ganz den Deutschen überlasse, ob die Verbesserung des Verhältnisses mit der Wiederherstellung der dipl[omatischen] Beziehungen oder mit Schritten zur Weiterentwicklung der tatsächlichen Beziehungen beginnen solle, jedoch kam in jeder amtlichen und nichtamtlichen jugoslawischen Verlautbarung deutlich genug zum Ausdruck, daß man dem ersteren Verfahren den Vorzug geben würde.

Bisher begannen die Jugoslawen alle Gespräche mit der Frage nach den Aussichten und dem Zeitpunkt für die Wiederherstellung der dipl[omatischen] Be-

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 12. Juni 1967 vorgelegen.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas vom 24. bis 26. April 1967 vgl. Dok. 154.

<sup>3</sup> Zur Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Pakts vom 7. bis 10. Februar 1967 vgl. Dok. 50, Anm. 7.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kiesinger führte aus: „Es besteht seitens der Bundesrepublik auch der Wunsch, ihre Beziehungen mit Jugoslawien zu normalisieren. [...] Wir stellen mit Zufriedenheit fest, daß die Beziehungen mit Jugoslawien sich in den vergangenen Jahren auf vielen Gebieten sehr gut gestaltet haben. Wir haben ja auch etwa 100 000 jugoslawische Gastarbeiter hier. Auf dem Gebiet der kulturellen Zusammenarbeit ist viel geschehen, z.B. gibt es an jugoslawischen Hochschulen deutsche Lektoren. Ich glaube, das ist das einzige Land, der einzige Nachbar im Osten, bei dem dies der Fall ist. Und die Bundesrepublik wünscht auch hier einen Ausbau der Beziehungen und die Normalisierung der Beziehungen.“ Vgl. DzD V/1, S. 311.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Artikel „Brandt zur Bonner Ostpolitik“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 55 vom 25. Februar 1967, Bl. 2.

ziehungen. Erst anschließend wurden die Wünsche nach Wiedergutmachungsleistungen und Abschluß eines Gastarbeiterabkommens angemeldet, mit dem Hinweis, daß es sich hierbei nicht um Vorbedingungen für die Aufnahme dipl[omatischer] Beziehungen handele.

Jetzt fragt man uns zunächst nach dem Termin für die Verhandlungen über das Gastarbeiterabkommen und erhebt stets aufs Neue die Entschädigungsforderung. Erst auf Nachfrage wird hinzugefügt, daß die jug[oslawische] Haltung hinsichtlich der für die Verbesserung des Verhältnisses bestehenden Möglichkeiten keine Änderung erfahren habe, daß man also weiterhin bereit sei, mit der Wiederherstellung der dipl[omatischen] Beziehungen zu beginnen.

Die neue Akzentuierung des jug[oslawischen] Standpunktes ist deutlich in dem Interview hervorgetreten, das Außenminister Nikezić der „jugoslawischen Bildzeitung“ Večernje Novosti Anfang Mai gegeben hat. Nikezić wiederholte bei dieser Gelegenheit, daß es weder eine Verbesserung der allgemeinen Situation in Europa noch ein Vorwärtskommen in der deutschen Frage geben könne, wenn die Bundesrepublik Deutschland „nicht die bestehenden Realitäten anerkenne“. Sie könne die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern nur fördern, „wenn sie tatsächlich denke und zu tun beabsichtige, was sie sage“. Auf die Frage, ob deutsche Bereitschaft zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen spürbar geworden sei, äußerte Nikezić nur kurz, daß „von Bonner Seite Erklärungen in diesem Sinne abgegeben worden seien“. Sodann hob er aber hervor, daß es „in den Beziehungen zwischen Jugoslawien und Bonn nicht nur um grundsätzliche Erklärungen gehe, die die eine oder andere Seite abgäbe, sondern auch um die Lösung von Problemen aus der Vergangenheit, die sich angesammelt hätten und die vielleicht mit manchen anderen Ländern nicht bestünden“.

Es ist bezeichnend, daß Nikezić weder seine wiederholten Angebote auf Wiederaufnahme dipl[omatischer] Beziehungen erneuerte, noch diese Angebote wenigstens in Erinnerung brachte, sondern statt dessen die Lösung der Probleme aus der Vergangenheit, d.h. die Frage der Wiedergutmachung ganz in den Vordergrund stellte.

Die geschilderte Tendenz kommt auch in den Veröffentlichungen der hiesigen Presse zum Ausdruck. Während diese sich in den ersten drei Monaten d.J. häufig mit der Frage der Wiederaufnahme der dipl[omatischen] Beziehungen beschäftigte, ist dieser Aspekt in letzter Zeit in den Hintergrund getreten. Statt dessen hat das Regierungsblatt Politika am 28. Mai unter dem Titel „Was ist mit der Entschädigung? – Deutsche Schulden!“ einen umfangreichen Bericht ihres Bonner Korrespondenten Dikić veröffentlicht, der wegen seiner besonders raffinierten und niederträchtigen Darstellungsweise alle Polemiken übertreffen dürfte, die bisher von östlicher Seite zum Zwecke der Diskreditierung unserer Entschädigungspolitik erschienen sind. Der Artikel, über den gesondert zu berichten sein wird<sup>6</sup>, gelangt zu der Feststellung, daß „Bonn, wenn es sich schon verpflichtet fühlt, dem anderen deutschen Staat eine Nachkriegsentschädigung zu zahlen (gemeint ist der innerdeutsche Ausgleich der Postge-

<sup>6</sup> Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 465 des Botschaftsrats Loeck, Belgrad, vom 8. Juni 1967, dem eine Übersetzung des Artikels des jugoslawischen Journalisten Dikić beigefügt ist; Referat II A 5, Bd. 1013.

bühren<sup>7</sup>), Jugoslawien nicht weiterhin eine Kriegsentschädigung deshalb verweigern dürfe, weil Belgrad normale Beziehungen zur ‚DDR‘ unterhalte.“

Das Erscheinen dieser offensichtlich bestellten Arbeit zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist um so auffälliger, als die jug[oslawische] Presse, soweit ersichtlich, bisher nie auf den Gesamtkomplex unserer Kriegsfolgeleistungen eingegangen ist und nicht einmal auf unsere Note vom 13. Oktober 1965 reagiert hat, mit der wir die jug[oslawischen] Wiedergutmachungsfordernungen zurückgewiesen haben.<sup>8</sup>

b) Obwohl die Akzentverschiebung innerhalb der Darstellung des jug[oslawischen] Standpunktes nicht zu übersehen ist, kann sie bei genauerer Betrachtung nicht zu dem Schluß führen, daß sich ein grundsätzlicher Wandel in der hiesigen Deutschlandpolitik vollzogen hätte. Auch als die Jugoslawen noch fortlaufend ihre Bereitschaft zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Beziehungen proklamierten, haben sie nie den geringsten Zweifel daran gelassen, daß die Herstellung dipl[omatischer] Beziehungen nur den unmittelbaren Auf-takt für die Lösung der von ihnen als „sachliche Probleme“ bezeichneten Fragen bedeuten könne. Deshalb wäre es schon während des ersten Abschnittes der Wiederannäherung eine gefährliche Täuschung gewesen zu glauben, daß man den Jugoslawen ihre Forderungen durch die Wiederaufnahme dipl[omatischer] Beziehungen „abkaufen“ könne. Es ist eine ganz andere Frage, ob sie ggf. bereit wären, ihre für uns nicht akzeptablen Forderungen gegen Gewährung wirtschaftlicher Vorteile anderer Art wenigstens zurückzustellen. Hierüber könnten wir uns lediglich durch ein konkretes Angebot Klarheit verschaffen.

Solange sich der deutschen Ostpolitik in den Jugoslawien benachbarten Balkanländern alle Türen zu öffnen schienen, fürchteten die Jugoslawen, ohne dies jemals unumwunden einzugehen, den fahrenden Zug als letzte bestiegen zu müssen und auf diese Weise auch in bezug auf ihre materiellen Wünsche Einbußen zu erleiden. Die starke Betonung der Bereitschaft zur Herstellung dipl[omatischer] Beziehungen in den vergangenen Monaten ist demnach für die Jugoslawen nur ein Mittel gewesen, das ihnen zeitweise zur Erreichung ihrer eigentlichen Ziele angemessen erschien. Seitdem der Besorgnis, gegenüber den Nachbarländern benachteiligt zu werden, der Boden entzogen ist, sehen sie keine Veranlassung, den Kernpunkt ihres Interesses zu verschleieren. Hiernach kann also von einer definitiven Abschwächung des jugoslawischen Interesses an der Wiederherstellung der dipl[omatischen] Beziehungen keine Rede sein. Die Jugoslawen werden vielmehr ihre Angebote sofort erneuern, sobald sich abzeichnet, daß unsere Osteuropapolitik wieder in Bewegung gerät.

Obwohl wir damit rechnen müssen, daß sich künftig das jug[oslawische] Drängen nach Zahlung von Wiedergutmachungsleistungen noch verstärken wird, ist es höchst unwahrscheinlich, daß die Jugoslawen so weit gehen werden, die Erfüllung ihrer Entschädigungsfordernungen zur Vorbedingung für die Wiederherstellung dipl[omatischer] Beziehungen zu erheben. Sie sind realistisch ge-

<sup>7</sup> Zur Forderung der DDR nach einem Ausgleich der im innerdeutschen Postverkehr erbrachten Mehrleistungen vgl. Dok. 11.

<sup>8</sup> Zur Note der Bundesregierung vgl. Dok. 156, Anm. 11.

Zur jugoslawischen Antwortnote vom 12. Juli 1967 vgl. Dok. 323, Anm. 1.

nug, stets im Auge zu behalten, daß ihre Nachbarländer die Normalisierung ihres Verhältnisses mit Deutschland nur aufgeschoben haben, und werden sich den Weg zur Wiederaufnahme der dipl[omatischen] Beziehungen nicht selbst verbauen. Deshalb ist auch davon auszugehen, daß es Ulbricht während seines hiesigen Aufenthaltes<sup>9</sup> nicht gelingen wird, die Jugoslawen zu veranlassen, ihre Bereitschaft zur Wiederherstellung der dipl[omatischen] Beziehungen von der Erfüllung irgendwelcher Vorbedingungen abhängig zu machen.

II. a) Das Nachlassen des jugoslawischen Drängens nach baldiger Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen kommt unserem Interesse insoweit entgegen, als wir uns vorläufig noch an der vollen Normalisierung des Verhältnisses gehindert sehen. Während der „Pause“, die in der Entwicklung unserer Beziehungen zu Ungarn, Bulgarien und der Tschechoslowakei eingetreten ist, brauchen wir mit jugoslawischen Trotzreaktionen nicht zu rechnen. Diese Lage können wir nutzen, um unsere faktischen Beziehungen mit Jugoslawien ohne Hast auszubauen und auf diese Weise das politische Klima weiter aufzulockern.

Unsere ersten Schritte, die zu diesem Zwecke unternommen worden sind, haben sich als außerordentlich wirkungsvoll erwiesen. Die Gespräche, die VLR I Kastl hier Ende März geführt hat<sup>10</sup>, haben in erheblichem Maße dazu beigetragen, das Vertrauen der jugoslawischen Seite in die Aufrichtigkeit unserer neuen Osteuropa-Politik und unserer Absicht, Jugoslawien in die Öffnung nach Osten einzubeziehen, zu stärken. Noch jetzt ist bei allen Kontakten mit Angehörigen des hiesigen Außenministeriums die positive Nachwirkung dieser ersten Geste deutschen Entgegenkommens deutlich zu spüren.

Eine weitere wesentliche Verbesserung des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses ist sodann durch unsere Zustimmung zur Einberufung der Gemischten Regierungskommission für Ende April d. J. und vor allem durch die Ergebnisse der Verhandlungen der Kommission eingetreten.<sup>11</sup> Unsere Zugeständnisse sind von der hiesigen Presse mit dem größten Maß an Zustimmung, das unter den bestehenden Umständen erreichbar schien, gewürdigt worden. Außenminister Nikezić hat in seinen oben bezeichneten Ausführungen die Feststellung des Interviewers, daß die Aufnahme der Beziehungen zu Rumänien das einzige Resultat der neuen deutschen Ostpolitik gewesen sei, mit dem Hinweis auf den hiesigen Besuch von VLR I Kastl, die Verhandlungen der Gemischten Regierungskommission und die in Aussicht genommenen Verhandlungen über ein Gastarbeiterabkommen korrigiert.

Auch unsere Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der beiden Stäbe bei den Schutzmachtvertretungen, nämlich die Herstellung des Chiff-

<sup>9</sup> Der Staatsratsvorsitzende der DDR hielt sich vom 22. Mai bis 4. Juni 1967 zu einem privaten Besuch in Jugoslawien auf. Dazu berichtete Botschaftsrat Loeck, Belgrad, am 1. Juni 1967, die Botschaft der DDR habe „zu erkennen gegeben, daß die Jugoslawen dem Wunsch Ulrichts, mit ihm in Belgrad Gespräche zu führen, nicht entsprechen wollen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 88; Referat II A 5, Bd. 1010.

<sup>10</sup> Zu den Gesprächen am 30./31. März 1967 vgl. Dok. 127, besonders Anm. 4.

<sup>11</sup> Zu den Verhandlungen des Gemischten Ausschusses der Bundesrepublik und Jugoslawiens vom 24. bis 29. April 1967 vgl. Dok. 156.

rier- und Kurier-Verkehrs<sup>12</sup>, die Gewährung der Befugnis des unmittelbaren Verkehrs mit dem Außenministerium des jeweiligen Gastlandes und die von uns angekündigte Entsendung eines Wirtschafts-Referenten nach Belgrad sind hier mit Befriedigung aufgenommen worden.

Es wird uns selbstverständlich nie gelingen, die Jugoslawen davon abzubringen, in amtlichen Stellungnahmen und Presseveröffentlichungen in regelmäßigen Abständen pflichtgemäß Mißtrauen gegen die Bundesregierung zu äußern. Nach meinem Eindruck haben wir sie aber durch unsere bisherigen Schritte davon überzeugen können, daß es sich lohnt, gegenüber den Schwierigkeiten, die uns noch nötigen, Jugoslawien als Sonderfall zu behandeln, ein gewisses Maß an Einsicht und Geduld zu bewahren.

b) Diese Überzeugung wird auf jugoslawischer Seite allerdings nur bestehen bleiben, wenn wir unsere Versprechen einhalten. Wir haben die Aufnahme von Verhandlungen über ein Anwerbe- und ein Sozialversicherungsabkommen zugesagt. Der Abschluß derartiger Abkommen steht in der jugoslawischen Wunschliste unmittelbar nach der Entschädigungsforderung an zweiter Stelle. Wenn wir diese grundsätzliche Zusage zurücknehmen sollten, würde dies eine nicht wiedergutzumachende Einbuße an Glaubwürdigkeit nach sich ziehen und den Erfolg unserer bisherigen Bestrebungen um Verbesserung des Verhältnisses zunichte machen.

Freilich sollten wir künftig nicht fortfahren, den Jugoslawen einseitig Vorteile zu gewähren. Wir dürfen uns keinem Zweifel darüber hingeben, daß sie entsprechend ihrer vielfach, vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten, bewährten Praxis darauf abzielen, uns ein Zugeständnis nach dem anderen zu entlocken, ohne im geringsten daran zu denken, unser Entgegenkommen nachträglich zu honorieren.

Ein Katalog unserer eigenen Wünsche, nämlich

- 1) Abschluß eines Abkommens über die Errichtung von Zweigstellen des Goethe-Instituts in Jugoslawien,
- 2) Abschluß eines Kriegsgräberabkommens,
- 3) Die Begnadigung des angeblichen Kriegsverbrechers Hans Kohl,
- 4) die Herausgabe der beschlagnahmten Vermögenswerte der Frau Tilla Durieux,
- 5) Unterstützung des deutschen Beitritts zur Donaukonvention<sup>13</sup>,

ist den Jugoslawen mehrfach dargelegt worden. Gegenüber den ersten beiden Punkten haben sie sich strikt ablehnend verhalten, obwohl sie ihrerseits den sich aus den Genfer Konventionen ergebenden Verpflichtungen zur Erhaltung und Instandsetzung unserer Kriegsgräber nicht nachkommen wollen. Hin-

<sup>12</sup> Am 24. April 1967 übermittelte Botschaftsrat Loeck, Belgrad, die Information, daß der Bundesregierung in einer über die jugoslawische Botschaft in Stockholm übermittelten Note das Einverständnis der jugoslawischen Regierung zur Herstellung eines Chiffrier- und Kurierdienstes erklärt worden sei. Darüber hinaus habe das jugoslawische Außenministerium am 22. April 1967 mitgeteilt, daß die jugoslawische Regierung mit Blick auf den Beginn der Verhandlungen des Gemischten Ausschusses „ohne Rücksicht auf den Tag des Eingangs ihrer Note in Bonn mit der Aufnahme des Chiffrierverkehrs zwischen der hiesigen Schutzmachtvertretung und dem Auswärtigen Amt ab dem 24. April 1967 einverstanden sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 47; Referat II A 5, Bd. 1004.

<sup>13</sup> Zur Absicht der Bundesregierung, der Belgrader Donaukonvention vom 18. August 1948 beizutreten, vgl. Dok. 27, Anm. 33.

sichtlich der Punkte 3 und 4 haben sie Prüfung zugesagt, die angeblich inzwischen eingeleitet ist. Ein Ergebnis ist bisher nicht sichtbar geworden. Dagegen haben sie sich bereit erklärt, unsere Bemühungen um Beitritt zur Donaukonvention zu unterstützen. Sie weigern sich allerdings, uns dies schriftlich zu bestätigen. Da wir in dieser Frage der Mitwirkung der übrigen Mitglieder der Donaukonvention bedürfen, wird es jedoch kaum sinnvoll sein, auf einer schriftlichen Erklärung Jugoslawiens zu bestehen.

Unsere unter 1–4 genannten Wünsche nehmen sich im Vergleich zu dem Anwerbe- und Sozialversicherungsabkommen und dem von jugoslawischer Seite außerdem gewünschten neuen Handelsvertrag sehr bescheiden aus. Deshalb müßte es gelingen, den Jugoslawen klar zu machen, daß wir auf Erfüllung unserer Wünsche nicht nur deshalb bestehen, weil wir in den Besitz der damit verbundenen geringfügigen Vorteile kommen möchten, sondern daß es uns darum geht, mit ihnen zu einer echten Zusammenarbeit zu gelangen, die nur auf Beiträgen beider Seiten aufzubauen kann.

Schon im Rahmen der Verhandlungen über das Anwerbe- und das Sozialversicherungsabkommen sollten eigene Zugeständnisse, soweit irgend möglich, davon abhängig gemacht werden, daß die Jugoslawen sich zumindest zum Abschluß eines der unter 1 und 2 aufgeführten Abkommen bereit erklären. Wenn sich dies aufgrund der besonderen Materie der Gastarbeiterabkommen nicht als durchführbar erweisen sollte, möchte ich anregen, daß die Erfüllung unserer Wünsche bei den nächsten Wirtschaftsgesprächen ausdrücklich zur Bedingung für den Abschluß eines neuen Handelsvertrages sowie die Genehmigung der von den Jugoslawen erstrebten handelspolitischen Vorteile erhoben wird.

c) Unsere Bemühungen, das deutsch-jugoslawische Verhältnis durch Ausbau der faktischen Beziehungen zu verbessern, gingen von der Lage aus, die durch den letztjährigen Ulricht-Besuch in Jugoslawien und die Ergebnisse dieses Besuches<sup>14</sup> geschaffen worden war. Der gegenwärtige, in das Gewand eines Erholungsurlaubs gekleidete hiesige Aufenthalt Ulrichts gibt uns daher für sich allein keinen Anlaß, unsere bisherige Haltung gegenüber Jugoslawien zu ändern.

Eine Reaktion unsererseits dürfte nur am Platze sein, wenn die jugoslawische Seite ihre Haltung gegenüber Problemen ändern sollte, die für uns, wie etwa die Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik Deutschland, von zentraler Bedeutung sind. Hiermit ist meines Erachtens nicht zu rechnen. Dennoch ist es empfehlenswert, den Jugoslawen den Termin für die Aufnahme der Verhandlungen für das Anwerbe- und das Gastarbeiterabkommen, ebenso wie Termine für Wirtschaftsgespräche aller Art, erst mitzuteilen, sobald bekannt wird, ob und welche Ergebnisse der Ulricht-Besuch gehabt hat.

Das Konsulat Zagreb erhält Doppel unmittelbar.

Loeck

**VS-Bd. 4259 (II A 5)**

<sup>14</sup> Anlässlich des Besuches des Staatsratsvorsitzenden der DDR vom 26. September bis 2. Oktober 1966 wurde vereinbart, die diplomatischen Vertretungen in Berlin (Ost) und Belgrad in den Rang von Botschaften zu erheben. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vom 1. Oktober 1966 vgl. DzD IV/12, S. 1457–1460 (Auszug).

192

**Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-12774/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 255**

**Aufgabe: 30. Mai 1967, 13.22 Uhr**  
**Ankunft: 30. Mai 1967, 13.02 Uhr**

Leiter Attaché-Abteilung israelischen Generalstabs gab Botschaftsrat<sup>1</sup> heute nachfolgende Lagebeurteilung:

- 1) Israel müsse, um Arabern seine Existenzberechtigung in diesem Raum zu beweisen, selbst kämpfen und sich nicht auf Maßnahmen befriedeter Mächte verlassen. Armeeführung rechne nicht mit sowjetischer Einmischung in israelisch-ägyptischen Konflikt.
- 2) Dieser Kampf sei unvermeidlich. Gegenwärtiger Zeitpunkt sei trotz von Regierung versäumter Gelegenheiten zum Losschlagen (Aufmarsch ägyptischer Armee, Verhängung ägyptischer Blockade über Eilath<sup>2</sup>, Rückkehr Abba Ebans aus New York ohne konkrete Zusagen<sup>3</sup>) noch verhältnismäßig günstig. Jeder weitere Tag des Zuwartens werde Armee mehr Blut kosten.
- 3) Nasser habe im Nordosten Sinai-Halbinsel 900 Tanks konzentriert, die für Existenz Israels weit bedrohlicher als Sperrung Golfes von Akaba. Wenn israelische Luftwaffe ersten Schlag führen könne, wozu erste Morgenstunden mit Sonne im Rücken besonders geeignet seien, könne sich Armee für Vernichtung ägyptischer Streitkräfte verbürgen. Auch im Gegenschlag gegen etwaigen ägyptischen Angriff bestünden noch gute Erfolgsaussichten, obwohl fraglich, ob es möglich sein werde, Verluste von Flugzeugen durch Nachlieferungen aus Frankreich auszugleichen.
- 4) Schwäche libanesischer, syrischer und jordanischer Streitkräfte machen es Israel möglich, sich an diesen Fronten auf Verteidigung zu beschränken, während es Hauptschlag gegen Ägypten als einzigen militärisch ernst zu nehmenden Gegner führe.
- 5) Bei aller Loyalität jetzt voll mobilisierter Armee sei Entscheidung Regierung auf weiteres Zuwarten nicht nur in Kreisen höherer Berufsoffiziere, sondern auch bei Reservearmee nicht populär. Armee wünsche ebenso wie breite Öffentlichkeit, daß beste und entschlossenste Männer in die entscheidenden Positionen gebracht werden.
- 6) Armeeführung bemühe sich, Verständnis Regierung dafür zu gewinnen, daß israelische Streitkräfte ein sehr scharfes Instrument darstellen, das aber gerade deshalb bei unzweckmäßiger Handhabung schnell stumpf werden könnte.

**Beurteilung:**

Überraschend ist der ganz ungewöhnliche Freimut politischer Stellungnahme. Obige Argumentation entbehrt nicht der Logik, berücksichtigt aber Gefahr

<sup>1</sup> Alexander Török.

<sup>2</sup> Zur ägyptischen Truppenkonzentration an der Grenze zu Israel sowie zur Sperrung des Golfs von Akaba durch Präsidenten Nasser vgl. Dok. 181, Anm. 1.

<sup>3</sup> Zum Gespräch des israelischen Außenministers Eban mit Präsident Johnson am 26. Mai 1967 vgl. Dok. 188, Anm. 4.

Ausweitung Nahost-Konfliktes und Isolierung Israels nicht ausreichend. Kritik Militärs an Politik Eshkols dürfte an Gewicht gewinnen, je länger nichts geschieht, um von Nasser zuungunsten Israels geschaffenen Status quo zu revidieren.

Ich halte die Gefahr eines Putsches der Armee zur Zeit noch für gering, da diese sehr diszipliniert ist, schließe sie aber bei längerem Zuwarthen nicht aus. Dies um so mehr, als die Entwicklung der breiten öffentlichen Meinung in gleicher Richtung läuft. Ohne klar genug den völligen Unterschied zur Lage von 1956 zu sehen, drückt sich dies in der Meinung aus: „Mit Ben Gurion hätten wir schon alles hinter uns“. Eshkols Versuch, seine Regierung unter Ausschmückung mit einigen prominenten Namen unverändert fortzuführen, scheint mir gescheitert zu sein. Je länger die Krise in dem jetzigen Spannungszustand andauert, um so wahrscheinlicher wird die Bildung einer nationalen Notstandsregierung mit Ben Gurion, Dayan, Peres in entscheidenden Positionen.<sup>4</sup>

[gez.] Pauls

**VS-Bd. 2640 (I B 4)**

## 193

### Generalkonsul Kempff, Helsinki, an das Auswärtige Amt

**Z B 6-1-12777/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 82**

**Aufgabe: 30. Mai 1967, 16.00 Uhr  
Ankunft: 30. Mai 1967, 16.11 Uhr**

Bezug: Drahtbericht Nr. 76 vom 24.5.1967, I A 4<sup>1</sup>

Betr.: Besuch von Zonen-Außenminister Winzer in Helsinki<sup>2</sup>

1) Zur Vorgeschichte: Winzer hat sich von der finnischen Volksdemokratischen Partei (Kommunisten) einladen lassen, weil er irrtümlich glaubte, daß der Besuch des Bundesaußenministers im Juni<sup>3</sup> auf eine Einladung der Sozialdemokratischen Partei zurückgehe. Die Zonenvertretung bemerkte ihren Irrtum erst, als das Außenministerium zwar ein Communiqué über den bevorstehenden Besuch des Bundesaußenministers, aber keines über den Besuch von Winzer

<sup>4</sup> Am 1. Juni 1967 gab der israelische Ministerpräsident Eshkol die Bildung eines „Kabinetts der nationalen Einheit“ bekannt. Neuer Verteidigungsminister wurde Moshe Dayan; ferner wurden Menahim Begin und Josef Sapir zu Ministern ohne Geschäftsbereich ernannt. Vgl. den Artikel „Eshkol erweitert sein Kabinett“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 126 vom 3. Juni 1967, S. 1.

<sup>1</sup> Für den Drahtbericht des Generalkonsuls Kempff, Helsinki, vgl. VS-Bd. 2448 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Der Außenminister der DDR hielt sich vom 24. bis 29. Mai 1967 in Finnland auf. Vgl. dazu die Erklärung von Winzer vom 29. Mai 1967; DzD V/1, S. 1213–1216.

<sup>3</sup> Bundesminister Brandt hielt sich im Rahmen einer Skandinavienreise am 20./21. Juni 1967 in Finnland auf. Vgl. dazu DzD V/1, S. 1293–1295.

Zu der im November 1966 seitens der Sozialdemokratischen Partei Finlands ausgesprochenen Einladung an Brandt vgl. Dok. 59.

veröffentlichte. Sie hat sich dann vergeblich eine Woche lang penetrant bemüht, den Winzerbesuch auch staatlich aufzuwerten, mußte sich jedoch sagen lassen, daß man in solchen Fällen streng zwischen Veranstaltungen einer Partei und des Staates unterscheide. Praktisch spielte diese Unterscheidung keine Rolle, da Winzer während seines fünftägigen Besuchs alle wichtigen Leute ausführlich sprechen konnte, doch fühlten sich die Pankower offensichtlich in ihrem Prestige zurückgesetzt.

2) Hauptanliegen Winzers war bei allen Gesprächen, bei seinem Vortrag<sup>4</sup>, seiner Pressekonferenz<sup>5</sup> usw., die Finnen von der Notwendigkeit einer alsbaldigen diplomatischen Anerkennung der DDR zu überzeugen. Die Skala seiner geradezu in bekneider Form vorgebrachten Argumente hat auf die maßgeblichen politischen Persönlichkeiten keinerlei Eindruck gemacht. Außenminister Karjalainen hat ihm auseinandergesetzt, daß es erstens die finnische Neutralitätspolitik mit der Zielrichtung, sich außerhalb der Streitfragen der Großmächte zu halten, nicht gestattet, in dieser delikaten Frage Stellung zu beziehen, und daß zweitens der Pariser Friedensvertrag Finnland sogar juristisch verpflichtete, eine Einigung von West und Ost über Deutschland abzuwarten<sup>6</sup>. Karjalainen fügte hinzu, daß man ja auf die Angelegenheit zurückkommen könne, wenn sich in fernerer Zukunft die Verhältnisse in Europa vielleicht einmal grundsätzlich gewandelt hätten. Mit derselben Melodie hat er die Einladung Winzers zu einem Besuch nach Ost-Berlin abgelehnt: Er hoffe, daß sich die Verhältnisse in Zukunft einmal so gestalten mögen, daß ihm ein Besuch in Berlin möglich sei.

Von dem Besuch bei Kekkonen erfahre ich aus zuverlässiger Quelle, daß der Staatspräsident die monotone und starre Sprachregelung der Besucher hinterher mokant mit einer Grammophonplatte verglich. Im gleichen Atemzug sagte er meinem Gewährsmann, daß er sich sehr auf den Besuch von Willy Brandt freue, denn das Gespräch mit Herbert Wehner<sup>7</sup> sei für ihn außerordentlich aufschlußreich gewesen.

Reichstagspräsident Virolainen (Zentrumspartei) soll Winzer auf dessen Anerkennungsappell nur geantwortet haben, es sei ja doch wohl Sache der ostdeutschen Regierung, mit Westdeutschen ins Reine zu kommen, und dann ergebe sich alles weitere von selbst.

3) Ergebnis: Winzer soll enttäuscht gewesen sein, daß er hier keinen Schritt weitergekommen ist. Möglicherweise hatte er nach seinen anscheinend gerin-

<sup>4</sup> Am 25. Mai 1967 hielt der Außenminister der DDR, Winzer, in der Universität Helsinki einen Vortrag über „Die Haltung der DDR zu den Grundfragen der europäischen Sicherheit“. Vgl. dazu den Schriftbericht des Generalkonsuls Kempff, Helsinki, vom 1. Juni 1967; Referat I A 4, Bd. 354. Vgl. dazu ferner den Artikel „Echte Chance für Entspannung in Europa“, NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 142 vom 26. Mai 1967, S. 7.

<sup>5</sup> Zur Pressekonferenz des Außenministers der DDR, Winzer, am 27. Mai 1967 vgl. den Artikel „Erfolgreiche Mission in Finnland“, NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 144 vom 28. Mai 1967, S. 10.

<sup>6</sup> Artikel 10 des Vertrags vom 10. Februar 1947 zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Finnland: „Finland undertakes to recognise the full force of the Treaties of Peace with Italy, Roumania, Bulgaria and Hungary and other agreements or arrangements which have been or will be reached by the Allied and Associated Powers in respect of Austria, Germany and Japan for the restoration of peace.“ Vgl. UNTS, Bd. 48, S. 234.

<sup>7</sup> Zum Gespräch vom 15. Februar 1967 vgl. Dok. 59.

gen Erfolgen in den arabischen Ländern<sup>8</sup> gehofft, doch noch aus Finnland eine Trophäe heimbringen zu können. Im hiesigen Außenministerium wundert man sich darüber, daß man in Ost-Berlin so schlecht informiert sei, mit einer solchen Möglichkeit überhaupt gerechnet zu haben. Man vermutet, daß Winzer im Hinblick auf die Beteiligung der Kommunisten an der finnischen Regierung die in letzter Zeit erschienenen Leitartikel in der Linkspresse, die sich für eine Anerkennung der DDR einsetzen, überbewertet habe<sup>9</sup>. Neben dem materiellen Mißerfolg Winzers ist noch ein atmosphärischer zu verzeichnen: Die Zonenmenschen konnten es auch dieses Mal nicht lassen, den Finnen mit ihrer Aufdringlichkeit auf die Nerven zu gehen. Karjalainen war wenig erbaut davon, daß Winzer bei seinem Besuch im Ministerium erst nach 2 Stunden mit Mühe veranlaßt werden konnte, das Feld zu räumen. Auch hat Winzer versucht, von Kekkonen zu der Opernaufführung eingeladen zu werden, zu der der Präsident den gleichzeitig anwesenden schwedischen Prinzen Bertil geladen hatte, was natürlich abgelehnt werden mußte. Der einzige Erfolg, den man Winzer nicht absprechen kann, ist die Tatsache einer sich schon aus der Dauer seines Besuchs ergebenen Publizität, die in begrenztem Umfang bei gewissen Linkskreisen in der Universität und unter den Reichstagsabgeordneten einen gewissen Niederschlag gefunden haben dürfte. So scheint vor allem sein Auftreten vor einem etwa 200 Personen umfassenden Auditorium in der Universität keineswegs ungeschickt gewesen zu sein. Andererseits hat er freilich auch bei manchen seiner öffentlichen Ausführungen Fingerspitzengefühl vermissen lassen, z.B. als er gleich bei Ankunft mit deutlichen Worten die Partei der Araber im Nahost-Konflikt ergriß<sup>10</sup>.

Über die äußereren Einzelheiten des Besuchs im einzelnen und über den Wortlaut seiner Rede wird schriftlich berichtet.

[gez.] Kempff

**VS-Bd. 2448 (I A 4)**

<sup>8</sup> Der Außenminister der DDR besuchte vom 3. bis 19. Mai 1967 die VAR, Syrien, den Libanon, Algerien und den Irak. Vgl. dazu die Erklärung von Winzer vom 21. Mai 1967; AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XV, S. 1143 f.

<sup>9</sup> Am 23. Mai 1967 berichtete Generalkonsul Kempff, Helsinki, über die „auffallende Aktivität der extremen Linken [...], die finnische Regierung zu einer Revision ihrer bisherigen Deutschlandpolitik zu bewegen. In Zeitungsartikeln der kommunistischen und linkssozialistischen Presse sowie in Reden in und außerhalb des Parlaments wird immer wieder die Anerkennung der beiden Teile Deutschlands gefordert. Diese Agitation wird man wohl im Rahmen der vom Ostblock ausgehenden und auch anderwo sichtbar gewordenen verstärkten Anerkennungsinitiative des Zonenregimes sehen müssen. [...] Trotz der Beteiligung der Kommunisten an der jetzigen finnischen Regierung dürfte die Linksagitation auch schon deshalb keine Aussicht auf Erfolg haben, weil die Außenpolitik allein vom Staatspräsidenten gemacht wird“. Vgl. Referat I A 4, Bd. 354.

<sup>10</sup> Am Tag der Ankunft des Außenministers der DDR, Winzer, in Helsinki veröffentlichte das Außenministerium der DDR eine Erklärung zur Nahost-Krise, in der es u.a. hieß: „Im Gegensatz zur araberfeindlichen Politik der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik stehen die Regierung und Bevölkerung der DDR heute wie in der Vergangenheit fest an der Seite der arabischen Staaten und Völker bei der Abwehr der imperialistischen Provokationen. Die DDR verurteilt entschieden die niederrächtige Hetze der imperialistischen Publikationsorgane der westdeutschen Bundesrepublik gegen die Staatsmänner der VAR, der SAR sowie gegen den Generalsekretär der UNO, U Thant.“ Vgl. den Artikel „DDR fest an der Seite der arabischen Staaten“, NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 140 vom 24. Mai 1967, S. 1.

194

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit Ministerpräsident Moro in Rom**

**Geheim****30. Mai 1967<sup>1</sup>**

Aufzeichnung über eine ca. einstündige Unterredung zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten, Herrn Aldo Moro, und Bundeskanzler Kiesinger, die am 30. Mai 1967 um 18.00 Uhr im Palazzo Chigi in Anwesenheit von Außenminister Fanfani, den Botschaftern Lucioli und Pompei, sowie Außenminister Brandt, Botschafter von Herwarth und Ministerialdirektor Dr. Osterheld stattgefunden hat.

Ministerpräsident Moro entschuldigte zunächst die Abwesenheit von Außenminister Fanfani, der jedoch in einigen Minuten eintreffen werde. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Herr Bundeskanzler und Vizekanzler Brandt im Rahmen freundschaftlicher und konstruktiver Kontakte in diesen Tagen in Rom weilten.<sup>2</sup> Er hoffe, daß die beiden Herren in absehbarer Zeit zu einem offiziellen Besuch nach Italien zurückkehren werden.<sup>3</sup> Er – Moro – habe Gelegenheit gehabt, seine deutschen Gesprächspartner bereits zu einem ersten Kontakt in Bonn zu treffen bei dem schmerzlichen Anlaß der Trauerfeierlichkeiten für Konrad Adenauer.<sup>4</sup> Damals habe er die Hoffnung geäußert, daß es möglich sein werde, die geplante Konferenz in Rom abzuhalten und dabei eine gemeinsame Aktionslinie einzunehmen. Diese in Bonn zum Ausdruck gebrachte Hoffnung habe sich am heutigen Tage realisiert. Dank der dabei zutage getretenen Verhaltenslinie und des guten Willens aller sei das Treffen seiner Auffassung nach nützlich gewesen, da es psychologisch einen Schritt weiter auf dem Weg zur europäischen Einigung geführt habe.

Der italienische Ministerpräsident würdigte in diesem Zusammenhang den „wirklich großen“ Beitrag, den der Herr Bundeskanzler mit seiner persönlichen Gelassenheit und ausgeglichenen Art im Geiste der Zusammenarbeit geleistet habe. Dies gelte auch für Vizekanzler und Außenminister Brandt.

Der Herr *Bundeskanzler* sprach zunächst noch einmal der italienischen Regierung seinen Dank aus für die Gastfreundschaft, die diese den versammelten Staatsmännern in der für einen derartigen Anlaß besonders geeigneten Stadt Rom gewährt habe. Die – wie er sagte – „armen Nordländer“ überkomme leicht ein Gefühl der Sehnsucht, wenn sie an die Bauten und Kunstwerke dächten, die den Rahmen für die politischen Anstrengungen der italienischen Regierung böten. Er sei ebenfalls der Auffassung, daß die in bezug auf diese Konferenz

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 5. Juni 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kiesinger und Bundesminister Brandt hielten sich am 29./30. Mai 1967 im Rahmen der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Rom auf. Vgl. dazu Dok. 197.

<sup>3</sup> Ein offizieller Besuch des Bundeskanzlers Kiesinger und des Bundesministers Brandt in Rom fand erst vom 31. Januar bis 2. Februar 1968 statt. Vgl. AAPD 1968.

<sup>4</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Moro am 24. April 1967 vgl. Dok. 140.

gehegten Wünsche erfüllt worden seien. Das Optimum des Erreichbaren sei, wie ihm scheine, erzielt worden. Ohne jeden Zweifel sei dies – hierin seien sich alle einig gewesen – der weisen, geduldigen und überlegenen Verhandlungsführung des italienischen Ministerpräsidenten zu verdanken. Man habe feststellen können, daß auch in schwierigen Fragen meistens Fortschritte zu erzielen seien, wenn man gelassen, geduldig und überzeugend verhandle.

Natürlich vergesse er dabei nicht den so wichtigen Beitrag, der, wenn eine Sache gut gelingen solle, von den Außenministern geleistet werde. Insbesondere möchte er den wichtigen Beitrag, den Außenminister Fanfani aufgrund seiner reichen Erfahrungen geleistet habe, würdigen.

Der Herr Bundeskanzler führte weiter aus, bekanntlich lägen jedoch die wirklichen Schwierigkeiten noch vor einem. Heute vormittag sei ihm klar geworden, daß der Vers Vergils: „Tantae molis erat Romanam condere gentem“<sup>5</sup> auch für Europa gelte.

Was die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien betreffe, habe er, der Herr Bundeskanzler, schon anlässlich seiner ersten Begegnung mit Präsident Moro, später in Bonn und jetzt wieder hier in Rom, die Überzeugung gewonnen – die er im übrigen auch in seinem Gespräch mit Staatspräsident Saragat<sup>6</sup> bestätigt gefunden habe –, daß die beiden Länder einen großen Beitrag zum Erfolg der erwähnten Bemühungen leisten könnten. Die Bundesregierung versichere der italienischen Regierung, daß sie zu jeder nur möglichen Zusammenarbeit bereit sei. Sie habe den Wunsch, die Kontakte zu vertiefen, auch anlässlich eines offiziellen Besuches in Italien. Da er – der Herr Bundeskanzler –, was das Dienstalter betreffe, unter den europäischen Regierungschefs der jüngste sei, habe er die angenehme Pflicht, als erster Italien zu besuchen. Mit großer Freude werde man aber den italienischen Ministerpräsidenten und seinen Außenminister auch in Bonn herzlich empfangen.

Herr Moro dankte dem Herrn Bundeskanzler für dessen Ausführungen. Er unterstreiche, wie dieser, die Bedeutung ständiger politischer Kontakte, wie auch von Begegnungen der Außenminister und Regierungschefs, abgesehen von der sehr anerkennenswerten und wirksamen Tätigkeit der beiderseitigen Botschafter. Es scheine wirklich ein besonderer Gleichklang der Gefühle und Beurteilungen zwischen den beiden Regierungen zu bestehen.

Deutschland und Italien könnten in der Tat in einem größeren Rahmen ohne Anmaßung einer Exklusivität einen konstruktiven Beitrag zu der erstrebten weiteren Entwicklung leisten. Er wisse wohl, daß die großen Probleme noch vor einem lägen; in der Vormittagssitzung seien sie nur kurz berührt worden. Er glaube aber, daß die Einigung über das Verfahren für den weiteren Aufbau Europas mit dem Beitritt Englands schon als ein Erfolg betrachtet werden könne. Der Weg sei lang, aber man wisse, daß man ihn gemeinsam und vertrauensvoll begehen könne. Dies sei ermutigend.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> VERGIL, Aeneis, Buch 1, Vers 33.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Kiesinger traf am Nachmittag des 29. Mai 1967 zu einem Höflichkeitsbesuch mit Staatspräsident Saragat zusammen. Vgl. dazu die mit Drahtbericht Nr. 388 des Botschafters Herwarth von Bitzenfeld, Rom, vom 25. Mai 1967 übermittelte Programmfolge; Referat I A 2, Bd. 1195.

<sup>7</sup> Vor dem Abflug aus Rom führte Bundeskanzler Kiesinger am 1. Juni 1967 ein weiteres Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten. Moro äußerte sich über das Ergebnis der Konferenz

Was die Beziehungen nach außen betreffe, möchte er – Ministerpräsident Moro – unterstreichen, daß die italienische Regierung jedesmal, wenn von anderer Seite eine zu Unrecht feindselige Haltung gegenüber der Bonner Regierung zum Ausdruck gebracht werde, dem entgegenhalten, daß das demokratische Deutschland ein wichtiger Faktor für Europa und die Welt sei. Auch kürzlich in Moskau habe Außenminister Fanfani den Akzent auf diesen Punkt gelegt und in vollem Bewußtsein und voller Überzeugung darauf beharrt, in der Hoffnung, daß dies dazu beitragen könne, die Mauern, die heute noch ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden in der Welt darstellten, abzubauen oder wenigstens teilweise abzutragen.<sup>8</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, daß er seinen vorherigen Betrachtungen noch einige Gedanken hinzufügen möchte: Wie der italienischen Regierung bekannt sei, habe er Mitte Januar in seinen Gesprächen mit General de Gaulle versucht, den deutsch-französischen Vertrag<sup>9</sup>, der unter der vorherigen deutschen Regierung etwas vernachlässigt worden sei, wieder zu beleben.<sup>10</sup>

Er ergreife die heutige Gelegenheit, um zur Vermeidung von Mißverständnissen einige Worte dazu zu sagen. Eines könne er mit Sicherheit behaupten: daß selbstverständlich der deutsch-französische Vertrag mit der darin vorgesehene Zusammenarbeit sich gegen kein europäisches Land, ja gegen kein anderes Land überhaupt, richte. Insbesondere solle er die europäische Einigung oder das Streben nach Fortschritten auf dem Wege zur europäischen Einheit nicht stören. Man könne heute noch nicht mit Genauigkeit sagen, auf welchen Gebieten die in dem deutsch-französischen Vertrag vorgesehene Zusammenarbeit besonders eng entwickelt werden könne. Natürlich gelte dies für die europäischen Fragen, möglicherweise aber auch für die künftigen Beziehungen zu Osteuropa. Im Juli werde die erste große deutsch-französische Konferenz stattfinden, während der sich mit Deutlichkeit abzeichnen werde, welche Ergebnis-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 831*

der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 29./30. Mai 1967 „recht zufrieden“: „Die Englandfrage sei der Prüfstein der gesamten zukünftigen Europapolitik. [...] Der Herr Bundeskanzler sprach die Auffassung aus, daß General de Gaulle seinen – allerdings noch starken – Widerstand gegen den Beitritt Englands zur EWG auf die Dauer nicht gegen die gesamte öffentliche Meinung Europas aufrechterhalten können. [...] Aus der Sicht de Gaulles könne man es allerdings verstehen, daß dieser sich ärgere, wenn der niederländische Außenminister als sein Hauptgegner auftrete. Präsident Moro erwiderte, daß sich dies wohl ändern werde, wenn er nunmehr zwei großen Ländern wie Deutschland und Italien gegenüberstehen werde.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 23; B 150, Aktenkopien 1967.

8 Der italienische Außenminister hielt sich vom 12. bis 16. Mai 1967 in Moskau auf. Dazu übermittelte Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, Informationen des italienischen Außenministeriums, denenzu folge Fanfani in seinen Gesprächen darauf hingewiesen habe, „daß man sich an die neue Tatsache halten müsse: neue Politik der Bundesregierung, die eine Regierung des ‚centro-sinistro‘ sei und die ‚Öffnung nach Osten‘ verfolge. Gromyko habe erwidert, es handele sich nur um formelle Änderungen, Kiesinger gleiche Erhard und Adenauer; nichts habe sich geändert. [...] Fanfani habe wiederum Deutschland und die neue Bundesregierung verteidigt, gleichfalls unter Verwendung der bekannten Gedankengänge. Abschließend habe er die Saragat'sche These vorgetragen, daß man nicht die Fehler wiederholen dürfe, die die Westmächte nach dem Ersten Weltkrieg gegenüber Deutschland gemacht hätten; die demokratischen Kräfte Deutschlands müßten unterstützt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 357; VS-Bd. 4190 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

9 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESSETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

10 Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 in Paris vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

se möglich seien.<sup>11</sup> Auf deutscher Seite sei man der Auffassung, daß eine Zusammenarbeit zwischen zwei Ländern, die sich jahrhundertelang bekämpft haben, ein wahres Wunder sei. Diese Zusammenarbeit sei nicht nur den Regierungen, sondern auch den beiden Völkern zur Herzenssache geworden. Wie gesagt, befindet man sich zur Zeit noch im Stadium der „großen Absichten“, wenn auch die Zusammenarbeit bereits auf manchen Gebieten im Gang sei. Er – der Herr Bundeskanzler – sage dies im Zusammenhang mit seinen vorherigen Ausführungen. Er halte es für wichtig, daß in dem Maße, in dem sich die deutsch-französische Zusammenarbeit entwickle, Parallel-Kontakte zu anderen Ländern gepflegt würden, damit von Anfang an kein Mißtrauen, keine Mißverständnisse und keine Schwierigkeiten entstünden. Er wisse, daß Italien die Bedeutung einer völligen Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich anerkenne. Er hoffe, daß – wenn dies überhaupt möglich sei – die europäischen Antagonismen überwunden werden könnten; allerdings sei er sich im klaren darüber, daß der Weg dahin lang und schwierig sei. Gerade deshalb sei es besser, wenn man nicht allein die Last der Probleme zu tragen habe, sondern wenn Länder wie Frankreich und Italien einem zur Seite stünden. Diese Bestrebungen hätten ein doppeltes Ziel: Einerseits lägen sie im Interesse des deutschen Volkes selbst, das wieder zu einem einzigen Volk werden solle, und gleichzeitig dienten sie aber auch der Sache des europäischen Friedens. Er habe es für seine Pflicht gehalten, dies seinen italienischen Gesprächspartnern aufrichtig zu erläutern, um von vornherein den Gedanken an eine Exklusivität bei der deutsch-französischen Zusammenarbeit auszuräumen.

Der Herr Bundeskanzler erklärte ferner, er habe mit großer Freude Kenntnis genommen von der Haltung, die die italienische Regierung in der Deutschland-Frage zugunsten des deutschen Volkes gegen gewisse Vorurteile und Bedenken von anderer Seite eingenommen habe. Außenminister Fanfani sei er besonders dankbar für seine sehr klare Haltung in Moskau.

Herr Moro antwortete, es entspreche dem Geiste zweier großer Völker, die einander ehemals feindlich gegenübergestanden hätten, jetzt in besonderem Maße zusammenzuarbeiten. Dies sei für ihn der historische Sinn der deutsch-französischen Zusammenarbeit, ohne die man von Europa nicht sprechen könne. Er habe in den Worten des Herrn Bundeskanzlers die Bestätigung dafür gefunden, daß den an dem genannten Vertrag beteiligten Ländern keine Exklusivität vorschwebe. Dies gelte insbesondere für Deutschland, in dessen Namen der Herr Bundeskanzler ja hier spreche.

In diesem Rahmen sehe er, nicht als Gegengewicht, sondern als notwendige Ergänzung, eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien. Er selbst – Ministerpräsident Moro – und seine Kollegen hätten am Vormittag mit Interesse angehört, was der Herr Bundeskanzler diskret über die Zukunft Europas habe anklingen lassen, als er unterstrichen habe, daß Europa für seine Verteidigung und politische Stärkung noch für unabsehbare Zeit auf die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika angewiesen sei. Auch wenn sich in den Beziehungen zu den USA zuweilen Schwierigkeiten ergäben, sei diese Verbindung doch ein Faktor der Sicherheit und des Friedens in der

<sup>11</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

Welt. Zugleich habe er gehört, daß im Rahmen der jeweiligen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, Deutschland und Italien sowie Frankreich und Italien in einer gelassenen und konstruktiven Atmosphäre sich niemand daran gehindert sehen dürfe, seine Bedenken und Sorgen vorzutragen. Dies sei nicht nur ein Akt der Loyalität unter Freunden, sondern liege auch im gemeinsamen Interesse. Er glaube, daß in freundschaftlicher Weise Klarheit geschaffen werden sollte über die für die Zukunft Europas grundlegenden Probleme.

Der italienische Ministerpräsident brachte anschließend das Gespräch auf den Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen und fragte, ob der Herr Bundeskanzler etwas Neues hierüber erfahren habe. Es handele sich hierbei ja um ein Thema, das die beiden Regierungen beschäftige und mit Besorgnis erfülle. Bisher hätten sich einige gemeinsame Reaktionen ergeben. Seit seinem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler in Bonn habe dieser mit Präsident Johnson konferiert<sup>12</sup>, und in der Zwischenzeit habe Vizekanzler Brandt Tokio, ein anderes interessantes Observatorium, besucht<sup>13</sup>.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, in seinen Gesprächen mit dem Präsidenten der USA habe er die prinzipiellen politischen Bedenken der Bundesregierung gegen den Atomsperrvertrag vorgebracht, nachdem in einer ganzen Reihe von Punkten bezüglich der wissenschaftlichen und friedlichen Entwicklung der Atomenergie in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten eine Einigung erzielt worden sei. Für Deutschland stelle sich die Frage im Grunde genommen sehr einfach dar: Im Rahmen der WEU habe die Bundesrepublik auf die Herstellung von Atomwaffen auf ihrem Gebiete verzichtet<sup>14</sup>, und man könne sich nicht vorstellen, auf welchem anderen Gebiete derartige Waffen für Deutschland hergestellt werden könnten. Es bestehe nicht die Absicht, diesen Verzicht zu widerrufen. Man wolle sich auch nicht die Türen offen lassen, um später Zugang zu Nuklearwaffen zu erhalten. Wie für viele andere Staaten handele es sich für die Bundesrepublik um eine Frage der nationalen Würde und des nationalen Ranges. Hinzu komme das Problem einer gegenüber der Sowjetunion einzugehenden ständigen Verpflichtung. Er – der Herr Bundeskanzler – habe Präsident Johnson gesagt, wenn die Bundesregierung sich überhaupt mit dem Gedanken eines NV-Vertrages vertraut machen könnte, dann nur in der Form einer befristeten Laufzeit. Es sei interessant für ihn gewesen festzustellen, daß Johnson dies nicht von vornherein abgelehnt habe. Informationen aus Washington bestätigten, daß der Gedanke einer zeitlichen Befristung in den USA an

12 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson am 24. April 1967 vgl. Dok. 140, Anm. 15.

Für das Gespräch vom 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

13 Bundesminister Brandt hielt sich vom 9. bis 19. Mai 1967 in Japan auf. Vom 9. bis 12. Mai 1967 fanden Gespräche mit dem japanischen Außenminister Miki u. a. zur Frage eines Nichtverbreitungsabkommens statt. Dazu wurde in einem Kommuniqué mitgeteilt, die Minister seien sich darin einig gewesen, „daß ein solcher Vertrag die Nichtkernmächte in der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht behindern dürfe und daß er wirksam der Aufrechterhaltung eines echten Weltfriedens dienen solle“. Ferner habe Miki die Auffassung von Brandt geteilt, „daß es zur Herstellung einer echten und dauerhaften Friedensordnung in der Welt unumgänglich sei, die Teilung Deutschlands auf friedlichem Wege und auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts zu überwinden“. Vgl. BULLETIN 1967, S. 435.

14 Vgl. dazu Dok. 4, Anm. 24.

Boden gewinne.<sup>15</sup> In seinen Gesprächen habe der amerikanische Präsident auch durchblicken lassen, er sei nicht sicher, daß ein Vertrag, wie er sich aus der Sicht der USA darstelle, die Zustimmung Rußlands finden würde.

Der Vertrag sei also noch lange nicht unter Dach und Fach. Es sei auf amerikanischer Seite, wenn nicht eine Resignation, so doch eine deutliche Lockerung des Interesses zu verzeichnen.

Sehr typisch für die Haltung bestimmter amerikanischer Kreise jedoch sei der Inhalt eines Telegramms, den er – wenn auch ohne Erwähnung der Herkunft – hier wiedergeben möchte. Es handele sich um ein Gespräch, das der amerikanische Chefdelegierte Foster kürzlich geführt habe. Zwar gebe es nicht die Meinung des Präsidenten wieder, der mit Sicherheit viel unbefangener und souveräner sei, sei aber bezeichnend für die Haltung des Mannes, der sich in einem Artikel in „Foreign Affairs“ im Jahre 1965<sup>16</sup> mit einer Erosion der atlantischen Allianz einverstanden erklärt habe. Hier handele es sich um ein Gespräch, in dem Foster in einem anderen Land den dortigen führenden Politikern und Experten den amerikanischen Standpunkt zum NV-Vertrag dargelegt habe. Der nichtamerikanische Gesprächspartner habe zu Beginn die Meinung geäußert, daß der Vertrag zu Lasten der Drittländer gedacht sei, um ihre Eigenschaft als Nichtnuklearmächte zu verewigen. Foster habe dieser Interpretation vorbehaltlos zugestimmt, jedoch hinzugefügt, dies sei für den Frieden unvermeidlich. Er – der Herr Bundeskanzler – sei der Auffassung, daß man diese Haltung, diese Erklärung ganz ernst nehmen müsse. Er glaube, daß man in Washington die Probleme des NV-Vertrages nicht genügend durchdacht habe, als man der Welt plötzlich überraschend einen diesbezüglichen Plan unterbreitet habe. In der Zwischenzeit sei man sich in den USA über die Schwierigkeiten der Probleme klar geworden. Er – der Herr Bundeskanzler – werde relativ bald eine Einladung von Präsident Johnson nach Washington annehmen.<sup>17</sup> Bei dieser Gelegenheit werde er nochmals über diese Fragen sprechen können. Soweit er sehe, bedürften die Haltung der italienischen und der deutschen Regierung noch einiger Korrekturen. Er würde sich sehr freuen, wenn die beiden Regierungen miteinander in engstem Kontakt bleiben würde. Was das Ergebnis sein werde, könne man nicht voraussehen. Er glaube jedoch sagen zu können, daß man inzwischen in Washington viel nachdenklicher geworden sei als in den vergangenen Monaten.

Ministerpräsident Moro erklärte, daß er einen Informationsaustausch mit Bonn für sehr nützlich halte. Dieser sollte auf direktem und diplomatischem Wege fortgesetzt werden. Es würde ihn sehr interessieren, wenn der Herr Bundeskanzler ihn über die Ergebnisse seiner Washingtoner Gespräche informieren würde. Er selbst habe in Bonn Präsident Johnson ebenfalls auf die allgemeinen politischen Folgen des Vertrages hingewiesen. Dieser dürfe sich nicht zum Schaden für die Solidität des atlantischen Bündnisses auswirken.

15 Vgl. dazu Dok. 166.

16 Vgl. William C. FOSTER, Risks of Nuclear Proliferation. New Directions in Arms Control and Disarmament. In: Foreign Affairs 43 (1964/65), S. 587–601. Zur Bewertung durch die Bundesregierung vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 9. Juli 1965; VS-Bd. 8501 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

17 Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 15./16. August 1967 in Washington vgl. Dok. 300–304 und Dok. 317.

Letzteres sei für die italienische Regierung Gegenstand einer tiefgehenden Besorgnis.<sup>18</sup> Der Gedanke an einen temporären Charakter entspreche einer natürlichen Anregung, die erstmals von Italien aufgebracht und dann, nach Übernahme durch Deutschland, von seiner Regierung wiederholt worden sei. Er hoffe, daß die USA ihn aufmerksam prüfen würden, denn man könnte damit einige grundlegende Probleme lösen. Im wesentlichen handele es sich für Italien ebenfalls um eine psychologische Frage, eine Frage der Würde und des Ranges, eine Frage der natürlichen Gleichheit der Nationen.

Der Herr *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß er seinem italienischen Kollegen noch folgende interessante Information glaube geben zu müssen: Während zu Beginn der Gespräche mit den Amerikanern auf seine Frage, ob sich das Verbot auch auf die Schaffung eines antinuklearen Schutzsystems beziehen sollte, positiv geantwortet worden sei, habe Washington neuerdings seine Position offensichtlich überdacht und neige nunmehr dazu, die antinuklearen Schutzsysteme nicht mehr in den Vertrag einzubeziehen.

Ministerpräsident *Moro* sprach dem Herrn Bundeskanzler und Vizekanzler *Brandt* erneut seinen Dank für dieses Gespräch aus und wünschte ihnen besten Erfolg für ihre weitere Tätigkeit. Er beglückwünschte den Herrn Bundeskanzler insbesondere auch zu den neuen Verantwortungen, die er nunmehr auch als Parteichef<sup>19</sup> übernommen habe. Er halte es für nützlich, daß dieser jetzt die Politik seiner Partei vollständig in den Händen habe. Abschließend sprach er die Hoffnung aus, daß die zwischen den beiden Regierungen bestehende herzliche und nützliche Zusammenarbeit, die in diesen Tagen bekräftigt worden sei, sich zugunsten des Friedens in der Welt auswirken möge.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 23**

<sup>18</sup> Am 5. Juni 1967

<sup>19</sup> Kurt Georg Kiesinger wurde am 23. Mai 1967 auf dem XV. Parteitag der CDU in Braunschweig mit 423 gegen 16 Stimmen bei 10 Enthaltungen zum Parteivorsitzenden gewählt. Vgl. den Artikel „Kiesinger setzt sich auf dem Braunschweiger Parteitag durch“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 118 vom 24. Mai 1967, S. 1.

195

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 4-82.00-94.29-663/67 VS-vertraulich

30. Mai 1967<sup>1</sup>

Betr.: Deutsche Initiative zu einem Gespräch mit der Sowjetunion

I. Das deutsch-sowjetische Verhältnis befindet sich in einem Stadium der Stagnation. Wir sind – nicht nur im Interesse unserer direkten Beziehungen zur Sowjetunion, sondern auch im Hinblick auf unsere Osteuropa-Politik – daran interessiert, diesen Zustand zu überwinden.

Die Regierung der UdSSR hat in letzter Zeit des öfteren zu verstehen gegeben, daß sie ein erhebliches Interesse an der weiteren Gestaltung der deutschen Politik gegenüber ihren Verbündeten im Warschauer Pakt hat. Da diese Staaten spätestens seit der Warschauer Konferenz<sup>2</sup> und dem Inkrafttreten der bilateralen Freundschaftsverträge<sup>3</sup> zu gegenseitigen Konsultationen über wichtige Fragen einschließlich des Verhältnisses zu Deutschland verpflichtet sind, dürfte die Entscheidungsfreiheit der Warschauerpaktstaaten eingeengt worden sein. Die Sowjetregierung wird die Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt der Einheit und Geschlossenheit des Paktsystems maßgeblich zu beeinflussen suchen.

Daher sollte der sowjetischen Seite unsere neue Ostpolitik, die ja den anderen Teil Deutschlands und die Sowjetunion als wesentliche Komponenten einschließt, in ihren Motiven und Absichten erneut dargelegt und der Versuch unternommen werden, die Sowjetunion zu einer Überprüfung ihrer zur Zeit von extremer Vorsicht und größtem Mißtrauen getragenen Einstellung zu bewegen. Das gleiche gilt in bezug auf die sonstigen strittigen Fragen, die in sowjetischer Sicht mit den Fragen der Ostpolitik in einem kausalen Zusammenhang stehen. Schließlich sollte erneut versucht werden, die bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen aus der gegenwärtigen Stagnation herauszuführen.

II. Um dem Gespräch das nötige Gewicht zu geben, erscheint es zweckmäßig, daß es durch den Herrn Bundesminister eröffnet wird. In einzelnen Stadien könnte es eventuell durch den Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> fortgesetzt bzw. ergänzt werden. Ich schlage daher vor, daß der Herr Bundesminister den sowjetischen Botschafter<sup>5</sup> demnächst zu einer umfassenden Aussprache empfängt. Bei dieser Gelegenheit könnte der Herr Bundesminister den Gesamtkomplex der

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

<sup>2</sup> Zur Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Pakts vom 7. bis 10. Februar 1967 vgl. Dok. 50, Anm. 7.

<sup>3</sup> Am 1. März 1967 schlossen Polen und die Tschechoslowakei, am 6. April 1967 Polen und Bulgarien und am 12. Mai 1967 die UdSSR und Bulgarien Verträge „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 668–670, S. 879–882 und S. 1126, Anm. 1 (Auszug).

Die DDR schloß am 15. März 1967 mit Polen, am 17. März 1967 mit der Tschechoslowakei und am 18. Mai 1967 mit Ungarn Verträge „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Für den Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 740–743, S. 767–770 und S. 1154–1156.

<sup>4</sup> Klaus Schütz.

<sup>5</sup> Semjon Konstantinowitsch Zarapkin.

deutsch-sowjetischen Beziehungen aus deutscher Sicht skizzieren und den Wunsch äußern, das Gespräch fortzusetzen. Falls von sowjetischer Seite Interesse an einer Intensivierung des Dialoges gezeigt wird, könnte der Herr Bundesminister die Frage aufwerfen, ob die sowjetische Regierung es für nützlich halte, daß er in absehbarer Zeit mit seinem sowjetischen Kollegen Gromyko zu weiteren Gesprächen in der sowjetischen Hauptstadt oder an einem dritten Ort zusammentreffe.

Für die Gesprächsführung mit Herrn Zarapkin kämen folgende Themen in Frage:

- 1) Weltweite und regionale politische Fragen
  - a) Austausch von Gewaltverzichtserklärungen
  - b) Unsere Politik gegenüber den Staaten Osteuropas
  - c) Unsere Politik der Annäherung gegenüber dem anderen Teil Deutschlands
  - d) Deutsche Beteiligung an einem NV-Vertrag
  - e) Parallele Truppenverdünnung in Europa
  - f) Unsere Politik gegenüber China
- 2) Sonstige Fragen vorwiegend bilateralen Charakters
  - a) Handelsabkommen
  - b) Technisch-wissenschaftliche und industrielle Zusammenarbeit einschließlich der Zusammenarbeit in der friedlichen Nutzung der Kernenergie, wie sie Breschnew in seiner Rede in Karlsbad am 24. April 1967 vorgeschlagen hatte<sup>6</sup>
  - c) Kulturaustausch
  - d) Luftverkehr
  - e) Zusammenarbeit der Justizverwaltungen beider Länder in der Frage der Aburteilung von NS-Verbrechen.

III. Mit einem raschen Eingehen der Sowjets auf den Vorschlag eines Treffens mit Außenminister Gromyko wird kaum zu rechnen sein. Abgesehen von der wahrscheinlich notwendigen Konsultation im Rahmen des Warschauer Paktes und den unvermeidlichen Rücksichten auf die „DDR“ erscheint eine rasche Entscheidung auch aus anderen Gründen nicht wahrscheinlich. Es fällt auf, daß sich die Sowjetregierung nach einer sehr intensiven Reisetätigkeit ihrer führenden Vertreter in westliche Länder seit einiger Zeit erheblich zurückhält. So wurden die Staatsbesuche Kossygins in Indien und Pakistan verschoben, ebenso die Reisen nach Norwegen, Schweden, Frankreich und Kanada. Lediglich der Podgornyj-Besuch in Afghanistan Ende Mai-Anfang Juni sowie der schon mehr routinemäßige Besuch Kossygins in Finnland dürften demnächst stattfinden. Diese Zurückhaltung erscheint sowohl mit dem gegenwärtig etwas kühleren Verhältnis der Sowjetunion zu einigen Gastländern (etwa Indien, und dadurch Pakistan) als auch damit in Verbindung zu stehen, daß sich die

<sup>6</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU regte zur „Festigung des Friedens in Europa [...] die wirtschaftliche, wissenschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit sowohl auf bilateraler als auch auf gesamteuropäischer Grundlage“ an. Ferner erklärte er die Bereitschaft der UdSSR, sich „mit anderen europäischen Staaten über eine Unterstützung bei Kernforschungen und bei der Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu verständigen. Die Verwirklichung dieses Vorschlags würde den Staaten, die auf die Produktion und den Ankauf von Kernwaffen verzichtet haben, die Möglichkeit geben, der Vorzüge teilhaft zu werden, die die friedliche Energie des gespaltenen Atoms der Menschheit in die Hand gibt.“ Vgl. DzD V/1, S. 1010.

Sowjetführung auf die inneren und die Intrablockprobleme im Zusammenhang mit der Vorbereitung der 50-Jahrfeier der Oktoberrevolution im November 1967 konzentrieren muß.

Trotzdem sollte ein Versuch gemacht werden, das Gespräch mit der Sowjetunion auf höherer Ebene in Gang zu bringen. Die sowjetischen amtlichen Vertreter haben sich in letzter Zeit offensichtlich auf Weisung aus Moskau an engen Informationskontakten mit deutschen amtlichen Vertretern interessiert gezeigt<sup>7</sup>, so daß sich ein umfassendes, klärendes und sondierendes Gespräch des Herrn Bundesministers mit Herrn Zarapkin<sup>8</sup> gewiß lohnen würde.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt.

Sollte dem Vorschlag zugestimmt werden, wird Abteilung II die notwendigen Gesprächsunterlagen gesondert vorlegen.

Ruete<sup>9</sup>

**VS-Bd. 4245 (II A 4)**

## 196

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Berger

**III A 6-87.01-94.05-459/67 VS-vertraulich**

**30. Mai 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Verzicht auf die Widerrufsklausel im innerdeutschen Handel;  
hier: Kabinettsitzung am 1. Juni 1967

Bezug: Kabinettsvorlage des Bundeswirtschaftsministeriums vom  
23. Mai 1967 – IV C 7-280399/8-501/67 geh.<sup>2</sup>

Zu dem vom Bundeswirtschaftsministerium unterbreiteten Vorschlag, das Kabinett möge die generelle Aufhebung der Widerrufsklausel im innerdeutschen Handel beschließen, darf folgendes bemerkt werden:

Das Bundeswirtschaftsministerium setzt sich mit Unterstützung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen seit langem dafür ein, daß der seit dem 1. Januar 1961 bestehende Widerrufsvorbehalt für Warenbegleitscheine des Lieferkontos 1 im Interzonenhandel („harte Waren“) abgeschafft werden sollte.<sup>3</sup> Es begründet diesen Vorschlag damit, daß das Anlagegeschäft mit der SBZ

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 163.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das Gespräch vom 16. Juni 1967; Dok. 224.

<sup>9</sup> Paraphe vom 30. Mai 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Klarenaar und von Hilfsreferent Wagner konzipiert.

<sup>2</sup> Für die Kabinettsvorlage vgl. Referat III A 6, Bd. 248.

<sup>3</sup> Seit dem Wiederinkrafttreten des Abkommens über den Interzonenhandel am 1. Januar 1961 wurden Warenbegleitscheine „unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs“ erteilt, der im

bei Beibehaltung der Widerrufsklausel in zunehmendem Maße an westliche Konkurrenten verloren gehe und die Widerrufsklausel nach der Vorbereitung umfassender Embargomaßnahmen für den Fall der Störung des Berlin-Verkehrs im Viermächte- und NATO-Rahmen<sup>4</sup> nicht mehr erforderlich sei.

Seit Februar d. J. hat sich das Auswärtige Amt in zehn Einzelfällen auf Anfrage damit einverstanden erklärt, daß für geplante Anlagegeschäfte auf die Widerrufsklausel verzichtet wird, und gleichzeitig um Unterrichtung gebeten, ob die in Rede stehenden Liefergeschäfte an Firmen in der Bundesrepublik Deutschland vergeben worden sind. In keinem dieser Fälle konnte das Bundeswirtschaftsministerium bisher bestätigen, daß der Verzicht auf die Widerrufsklausel tatsächlich zur Auftragsvergabe an den westdeutschen Lieferanten geführt hat. Es liegt deshalb der Verdacht nahe, daß die Widerrufsklausel von der Zonenregierung nur vorgeschoben wird, um die generelle politische Tendenz, Anlagen möglichst nicht im Interzonenhandel, sondern aus dem Ausland zu beziehen, zu verschleieren. Wegen der Argumente, die für und gegen eine generelle Aufhebung der Widerrufsklausel sprechen, darf auf anliegende Aufzeichnung der Abt. III vom 10. April 1967 VS-vertr., Ziff. 1 und 2<sup>5</sup>, verwiesen werden. Die in dieser Aufzeichnung vorgeschlagene und von dem Herrn Staatssekretär gebilligte Sondierung bei der amerikanischen Botschaft in Bonn, welche Haltung die Regierung der Vereinigten Staaten in der in Rede stehenden Angelegenheit einnehme, hat am 20. April<sup>6</sup> und 26. Mai d. J. stattgefunden. Hierbei ergab sich, daß die amerikanische Regierung die Prüfung der Frage, welche Haltung sie zu der Abschaffung der Widerrufsklausel einnehmen soll, noch nicht abgeschlossen hat. Ihre Stellungnahme soll uns demnächst zugehen. Der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 839*

Falle einer Behinderung des Berlin-Verkehrs durch die Behörden der DDR in Kraft treten sollte. Für den Wortlaut des Absatzes 10 der „Bekanntmachung L 1“ des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 24. Januar 1961 über die Lieferung von Waren in die Währungsgebiete der Deutschen Mark und der Deutschen Notenbank (DM-Ost) vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 18 vom 26. Januar 1961, S. 2. Zur Diskussion um einen Verzicht auf diese Widerrufsklausel vgl. AAPD 1965, II, Dok. 199.

- 4 In Ausführung eines Beschlusses der Konferenz der Außenminister der Drei Mächte und der Bundesrepublik vom 6. August 1961 wurden von der Bundesregierung im Rahmen der Eventualfallplanung Entwürfe für Verordnungen erarbeitet, die im Fall einer Störung des Berlin-Verkehrs Maßnahmen für ein selektives Warenembargo bis zu einer völligen Unterbrechung des Wirtschaftsverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR vorsahen. Im Eventualfall sollten sich die Verordnungen auf das für den Interzonenwirtschaftsverkehr geltende Gesetz Nr. 53 der amerikanischen und britischen Militärregierung sowie der Verfügung Nr. 140 der französischen Hohen Kommission vom 18. September 1949 stützen. Vgl. dazu das Schreiben vom 17. April 1967 des Bundesministers Schiller an Staatssekretär Knieper, Bundeskanzleramt; Referat III A 6, Bd. 248.
- 5 Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Harkort führte als Argumente für eine Aufhebung der Widerrufsklausel u. a. an, daß sie der DDR nur „als Vorwand für eine weitgehende Umorientierung der Bezüge von Industrieanlagen vom Interzonenhandel auf andere westeuropäische Staaten“ diene. Außerdem sei bereits für vier Anlagegeschäfte mit Zustimmung des Auswärtigen Amts auf die Klausel verzichtet worden. Schließlich könne für Investitionsgüterlieferungen aufgrund der vorliegenden Verordnungsentwürfe ein Embargo verhängt werden. Gegen eine Abschaffung spreche u. a., daß die Drei Mächte zu der Annahme verleitet werden könnten, die Bundesregierung sei zur Abwehr von Berlinkrisen nicht mehr bereit, Nachteile im Interzonenhandel in Kauf zu nehmen. Auch die DDR könnte den Eindruck erhalten, daß die Bundesregierung in Zukunft auf Gegenmaßnahmen im Falle der Störung des Berlin-Verkehrs verzichte. Schließlich sei es fraglich, ob der Interzonenhandel durch die Abschaffung der Widerrufsklausel einen Aufschwung nehmen werde. Vgl. VS-Bd. 8367 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.
- 6 Zum Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar mit dem Ersten Sekretär an der amerikanischen Botschaft, Dux, vgl. die Aufzeichnung vom 21. April 1967; VS-Bd. 8367 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

Vertreter der amerikanischen Botschaft hat in dem letzten Sondierungsge- spräch jedoch erkennen lassen, daß seine Regierung vor einer Entscheidung in dieser Angelegenheit an der Konsultation der Alliierten gelegen ist. Unabhängig von dieser Sondierung haben die Vertreter der drei verbündeten Botschaf- ten in der deutsch-alliierten Konsultationsbesprechung vom 17. Mai 1967<sup>7</sup> un- ter Bezugnahme auf Pressemeldungen die Frage angeschnitten und darum ge- beten, konsultiert zu werden, falls eine Aufhebung der Widerrufsklausel im Interzonenhändel beabsichtigt sei. Der Vertreter des Auswärtigen Amts hat für diesen Fall eine Konsultation zugesagt.<sup>8</sup>

Der Kabinettausschuß für innerdeutsche Beziehungen hat in seiner Sitzung vom 9. Mai d.J. beschlossen, das Auswärtige Amt mit der Konsultation der Verbündeten in der in Rede stehenden Angelegenheit zu beauftragen. Dieser Teil des Sitzungsergebnisses wird in der Vorlage des Bundeswirtschaftsmini- steriums nicht erwähnt. Dies mag seinen Grund in dem Umstand finden, daß der Kabinettausschuß die Aufnahme der Konsultation anscheinend erst nach einem Beschlusß des Bundeskabinetts für die Aufhebung der Widerrufsklausel ins Auge gefaßt hat. Ein amtliches Protokoll über die Kabinettausschußsit- zung vom 9. Mai 1967 liegt nicht vor, und die Angaben von Teilnehmern über das Ergebnis weichen in diesem Punkt voneinander ab.

Eine Kontaktaufnahme mit den Verbündeten nach einem definitiven Kabi- nettsbesluß für die Aufhebung der Widerrufsklausel könnte, weil es sich hierbei praktisch nur noch um eine Information handeln würde, von den Alli- ierten mit Befremden aufgenommen werden.

Ich rege deshalb an, dem Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums nur mit der Maßgabe zuzustimmen, daß vor einer endgültigen Entscheidung die Konsultation der Verbündeten in dieser Frage zu einem befriedigenden Ab- schluß gebracht worden ist.<sup>9</sup>

Mitzeichnung: Ref. II A 1 (im Entwurf erfolgt). Hiermit über Ref. L 1<sup>10</sup> und den Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> dem Herrn Minister<sup>12</sup> mit der Bitte um Kenntnisnah- me vorgelegt.

Berger

**VS-Bd. 8367 (III A 6)**

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II A 1 vom 26. Mai 1967; VS-Bd. 8367 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Am 1. Juni 1967 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Jung die Vertreter der Drei Mächte über die Absicht der Bundesregierung, „die Widerrufsklausel fallen zu lassen“ und zu diesem Zweck Konsultationen einzuleiten. Er bat um eine möglichst rasche Stellungnahme insbesondere zu den Verordnungsentwürfen, mittels derer Maßnahmen für eine Unterbrechung des Interzonenhändels im Rahmen der Eventualfallplanung auch auf dem Verordnungswege erlassen werden könnten. Vgl. die Aufzeichnung vom 2. Juni 1967; VS-Bd. 4178 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Zu den Konsultationsgesprächen am 6. Juni 1967 vgl. die Aufzeichnung des Hilfsreferenten Wagner vom 8. Juni 1967, Referat III A 6, Bd. 248.

<sup>9</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 204, besonders Anm. 8.

<sup>10</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritzel am 31. Mai 1967 vorgelegen.

<sup>11</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 1. Juni 1967 vorgelegen, der für Bundesminister Brandt hand- schriftlich vermerkte: „Dieser Besluß ist vorgesehen, um das Auswärtige Amt zu Konsultationen zu bringen. Es ist denkbar, daß in einer Woche die Konsultationen schon so weit sind, daß die Frage vollkommen gelöst ist.“

<sup>12</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

197

**Staatssekretär Lahr, z.Z. Rom, an das Auswärtige Amt**

**I A 2**  
**Fernschreiben Nr. 414**

**Aufgabe: 31. Mai 1967, 10.20 Uhr**  
**Ankunft: 31. Mai 1967, 11.14 Uhr**

Betr.: 10-Jahres-Feier Unterzeichnung Römischer Verträge und Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 29. und 30. Mai in Rom

I. Italienischer Staatspräsident und Bürgermeister von Rom<sup>1</sup> würdigten bei Feier des 10-Jahres-Tages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29.5. auf dem Kapitol die Entwicklung der Gemeinschaften in Anwesenheit der Regierungschefs, Außenminister und Vertreter der Institutionen der Europäischen Gemeinschaften.<sup>2</sup>

II. Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs fand am 30.5. unter Vorsitz von Ministerpräsident Moro statt. Moro hob einleitend die beispiellose Entwicklung insbesondere der EWG in den letzten 10 Jahren hervor.<sup>3</sup> Er bezeichnete es als Zweck der Gipfelkonferenz, Leitsätze und neue Richtlinien für die Weiterentwicklung der Gemeinschaften zu erarbeiten. Er stellte als die hauptsächlichen 3 Besprechungspunkte der Gipfelkonferenz heraus:

- a) Meinungsaustausch über den jetzigen Stand der Gemeinschaft, namentlich die Fusion der Exekutiven
- b) Beziehungen der Gemeinschaft zu Drittländern
- c) Einleitung eines lebhafteren Gedankenaustausches unter den Sechs mit dem Ziel der Verstärkung der Bemühungen um politische Zusammenarbeit.

Im übrigen ging Moro auf derzeitige gespannte Lage im Nahen Osten ein, die Quelle der Sorge für alle 6 Regierungen, besonders aber wegen geographischer Nähe für Italien bilde. Diplomatische Aktivität Italiens sei zunächst darauf gerichtet, daß die Beteiligten alles vermieden, was den Frieden in Gefahr bringen könnte; sei dies erreicht, müsse man in 2. Etappe friedliche Lösungen anstreben.

Aus anschließenden Grundsatzerklärungen der anderen Staats- bzw. Regierungschefs ist festzuhalten:

<sup>1</sup> Amerigo Petrucci.

<sup>2</sup> Bei den Feierlichkeiten war Staatspräsident Saragat einziger Festredner. Für den deutschen Wortlaut der Rede vgl. Referat I A 2, Bd. 1195.

Bereits am 12. Mai 1967 hatte Staatssekretär Lahr dazu festgehalten, daß sich das Programm der Jubiläumsfeier zu einer „unangenehmen Frage“ zu entwickeln drohe. Die Benelux-Staaten vertraten gemeinsam mit der Bundesregierung den Standpunkt, daß in Rom auch der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, eine Rede halten solle. Demgegenüber verweise Frankreich darauf, daß der Abschluß der Römischen Verträge eine reine Regierungsangelegenheit gewesen sei: „Herr Couve de Murville zeigte sich bisher unzugänglich und hat gegenüber Herrn Luns durchblicken lassen, ‚man müsse zwischen de Gaulle und Hallstein wählen‘.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1195.

<sup>3</sup> Für den deutschen Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Moro vgl. Referat I A 2, Bd. 1195. Für einen Auszug vgl. Anm. 16.

De Gaulle: Grundsätzliche Zustimmung zu Moros Ausführungen. Notwendigkeit des Ausbaus der Gemeinschaften; auf organisatorischem Gebiet zunächst Verwirklichung der Fusion der Institutionen mit dem Ziel, anschließend auch zur Fusion der Gemeinschaften selbst zu gelangen. Sachlich seien von wesentlicher Bedeutung das Verhältnis der Gemeinschaften zu Dritten (insbesondere vorliegende Beitrittsanträge Großbritanniens, Irlands und Dänemarks<sup>4</sup>); diese Anträge schafften neue Lage für die Gemeinschaft und stellten sie vor die Frage, ob sie nach Beitritt neuer Mitglieder nicht in ihrem Charakter verändert würde. Diese Frage müsse zunächst von derzeitigen Mitgliedern der Gemeinschaft eingehend gemeinsam geprüft werden. Von Bedeutung für die Zukunft sei außerdem Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Osteuropa; engere Gestaltung dieser Beziehungen sei erforderlich, und er hoffe, daß diese sich eines Tages auch<sup>5</sup> auf politischem Gebiet auswirken würden. Schließlich stimmte Gaulle auch Moros Forderung nach Fortführung und Verstärkung der politischen Kontakte unter den Sechs in Form von Konferenzen der Staats- bzw. Regierungschefs, so wie heute, oder in Form von Außenminister-Treffen zu.

Bundeskanzler erklärte, daß er ebenfalls Moros Rede zustimme, sowohl hinsichtlich bisherigen Erfolges der Gemeinschaften wie zukünftigen Aufgaben. Große Energie sei nötig für Ausbau der Gemeinschaften, Verwirklichung der Fusion der Exekutiven und später auch der Gemeinschaften selbst. Die Sechs dürften sich hierauf aber nicht beschränken; augenblickliche gefährliche weltpolitische Lage (Anspielung auf Nahost-Krise), die Gefahr „böser Überraschungen“ enthielte, mache jedenfalls ein Mindestmaß an solidarischem Verhalten notwendig. Deshalb sollten weitere Treffen der Staats- bzw. Regierungschefs oder der Außenminister folgen. Hierzu machte Bundeskanzler die Anregung, derartige Treffen durch Experten vorbereiten zu lassen.

Bundesregierung habe von Anfang an erklärt, daß sie britischen Beitritt zur EWG begrüße. De Gaulle habe die Frage gestellt, ob Gemeinschaften nach Aufnahme neuer Mitglieder ihren bisherigen Charakter bewahren könnten. Er, Bundeskanzler, glaube, daß, wenn hierüber noch keine Einigung bestehe, in freimütiger, offener Diskussion nach gemeinsamem Weg zu suchen sei.

Hinsichtlich Beziehungen zu Osteuropa stimmte Bundeskanzler französischem Staatspräsidenten zu und verwies auf schwierige Lage, in der wir uns wegen Teilung Deutschlands befinden; gerade deshalb seien wir besonders bereit, ei-

<sup>4</sup> Am 11. Mai 1967 beantragten Großbritannien, Irland und Dänemark die Aufnahme in die drei europäischen Gemeinschaften. Dazu stellte Ministerialdirigent Frank am 12. Mai 1967 fest, daß die Anträge 15 gleichzeitig zu führende Beitrittsverhandlungen notwendig machen. Ferner sei zu berücksichtigen, daß ein Beitritt dritter Staaten zur EGKS und zu EURATOM „im höchsten Grade inopportun“ sei, „weil beide Gemeinschaften reformbedürftig sind und stagnieren und ein Beitritt dritter Staaten unerwünschte Zementierungen bringen könnte“. Frank kam zu dem Schluß, daß parallel zu führende Verhandlungen über die Anträge und die Weiterentwicklung der Gemeinschaften unvermeidlich seien. Um aber eine „Zersplitterung der Kräfte“ zu vermeiden, solle dem Antrag Großbritanniens der Vorrang eingeräumt werden. Freilich wäre es wünschenswert, „wenn es gar nicht mehr zum Beitritt Großbritanniens zur EWG kommen würde, sondern die Verschmelzungsverhandlungen der Sechs mit den Beitrittsverhandlungen Schritt halten würden, so daß Großbritannien nicht mehr der EWG, sondern der neuen Gemeinschaft beitrete“. Vgl. Referat I A 2, Bd. 1464.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „auf“.

nen Beitrag zur Entspannung zu leisten, um so auch einer Lösung der Deutschlandfrage näher zu kommen.

Belgischer Ministerpräsident van den Boeynants befürwortete schnelles Inkrafttreten des Fusionsvertrages<sup>6</sup> und Wiederaufnahme der Konsultationen der Außenminister mit dem Endziel, zu einer einheitlichen Außenpolitik der Sechs zu gelangen. Zu britischem EWG-Beitrittsgesuch erklärte belgischer Ministerpräsident, es liege im politischen Interesse der Sechs, eine Lösung zu finden. Das Gesuch sei einfach auf das formelle Minimum beschränkt formuliert.<sup>7</sup> Mehrheit des britischen Parlaments stehe hinter Beitrittsgesuch.<sup>8</sup> Das Verfahren gemäß Artikel 237 des EWG-Vertrages<sup>9</sup> einschließlich einer Anhörung der britischen Regierung müsse ohne Verzug beginnen; dafür biete sich EWG-Rats-Sitzung am 5./6. Juni 1967 an. Van den Boeynants unterstützte Vorschlag des Bundeskanzlers, die politischen Kontakte der Sechs durch hohe Beamte vorbereiten zu lassen. Im Hinblick auf die Situation im Nahen Osten sei belgische Regierung bereit, an geeigneten politischen Schritten zur Befriedung dieses Raumes beizutragen.

Luxemburgischer Ministerpräsident Werner betonte Fortschritt des Gemeinsamen Marktes. Die EWG-Krise vor 2 Jahren<sup>10</sup> habe gezeigt, daß es unterschiedliche Meinungen der Sechs über den politischen Charakter der Gemeinschaft gebe. Unter diesen Umständen sei Aufbau politischer Solidarität erforderlich und Aufnahme politischer Konsultationen notwendig, auch wenn Erfolge zunächst vielleicht bescheiden bleiben würden. Erste Schritte sollten vor-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Vertrages vom 8. April 1965 über die Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer vereinigten Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Fusion der Exekutiven) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1454–1497.

<sup>7</sup> Das Schreiben des Premierministers Wilson vom 11. Mai 1967 an den Präsidenten des EWG-Ministerrates, van Elslande, hatte folgenden Wortlaut: „Im Namen der Königlich Britischen Regierung von Großbritannien und Nordirland habe ich die Ehre, Eure Exzellenz davon in Kenntnis zu setzen, daß das Vereinigte Königreich gemäß den Bestimmungen des Artikels 237 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hiermit die Mitgliedschaft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beantragt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1540 des Parlamentarischen Staatssekretärs Jahn vom 11. Mai 1967; Referat I A 2, Bd. 1464.

<sup>8</sup> Nach einer dreitägigen Debatte im britischen Unterhaus stimmten am 10. Mai 1967 488 Abgeordnete für einen erneuten Antrag Großbritanniens zur Aufnahme in die EWG sowie die EGKS und EURATOM. 62 Abgeordnete stimmten dagegen. Vgl. HANSARD, Bd. 746, Sp. 1061–1184, Sp. 1281–1414 und Sp. 1504–1656.

<sup>9</sup> Artikel 237 der Römischen Verträge vom 25. März 1957: „Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig, nachdem er die Stellungnahme der Kommission eingeholt hat. Die Aufnahmevereinbarungen und die erforderlich werdenden Anpassungen dieses Vertrags werden durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifizierung durch alle Vertragsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

Dazu erläuterte Vortragender Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel: „Der Beitrittsartikel erwies sich als der rettende Anker; dort ist das Verfahren festgelegt. Die Regierungschefs hätten vor einer schwierigeren Situation gestanden, wenn die beitreitswilligen Drittstaaten keine neuen Beitrittsanträge gestellt, sondern die Wiederaufnahme der 1963 unterbrochenen Verhandlungen gefordert hätten. Dann hätte es kein Ausweichen auf einen Verfahrensartikel gegeben.“ Vgl. den Artikel „Die Römische Konferenz der EWG-Mitgliedstaaten“, BULLETIN 1967, S. 507.

<sup>10</sup> Zur EWG-Krise, die auf der EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30. Juni 1965 in Brüssel ausgelöst wurde und auf der EWG-Ministerratstagung vom 28./29. Januar 1966 in Luxemburg beigelegt werden konnte, vgl. AAPD 1965, II, Dok. 265, und AAPD 1966, I, Dok. 25.

sichtig sein, Außenministertreffen zu Vorbereitung (Bestimmung von Themen und Diskussionsbereich).

Luxemburg stehe dem britischen Beitritt zu den Gemeinschaften positiv gegenüber; dasselbe gelte für die anderen Beitrittsanträge.

Den Briten müsse Gelegenheit gegeben werden, ihren Antrag vor den Regierungsvertretern der Sechs zu begründen; daher seien unverzüglicher Beginn der Verhandlungen, zumindest aber erste Gespräche mit den Briten notwendig.

Abschließend würdigte Ministerpräsident Werner die Arbeit der Institutionen und aller derer, die zu den Erfolgen der EWG beigetragen hätten.

Niederländischer Ministerpräsident de Jong wies auf Wunsch des niederländischen Volkes hin, in geeintem Europa zu leben. De Gasperi und Adenauer wären der Ansicht gewesen, daß das Europa der Sechs nur der Motor der europäischen Einigung sei, nicht aber ein abgeschlossenes Ganzes bilden sollte.

Die Einheit eines demokratischen Europas sei selbstverständlich in kurzer Zeit nicht zu erreichen. Innerhalb der Gemeinschaften habe man jedoch große Fortschritte erzielt, besonders wenn man bedenke, daß Ausgangspunkt bei Null gelegen habe. In diesem Zusammenhang würdigte de Jong besonders die Verdienste von Prof. Hallstein, dessen Name deswegen in aller Welt zu einem Begriff geworden sei.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten dürften in ihren Bemühungen zur Vollständigung der Gemeinschaften nicht nachlassen. Die Gemeinschaftsorgane müßten gestärkt werden, die Fusion durchgeführt und auch eine parlamentarische Kontrolle der Institutionen eingeführt werden.

Hinsichtlich engeren Zusammengehens auch auf politischem Gebiet seien Grenzen der Möglichkeiten Europas zu bedenken: Einmal die bestehenden Unterschiede zwischen West- und Osteuropa, die kurzfristig nicht beseitigt, aber durch Bemühungen um Entspannung gemindert werden könnten; zum zweiten die Machtverhältnisse in der Welt, die bedingten, daß Europa seine Sicherheit nur im atlantischen Rahmen gewährleisten könne.

Die Sechs seien nicht das ganze Europa. Daher sei es auch wenig sinnvoll, politische Konsultationen der Sechs wieder zu beginnen, wenn nicht Großbritannien von Anfang an daran beteiligt werde.<sup>11</sup> Das Ergebnis der Kennedy-Runde enthebe nicht von der Notwendigkeit, ein vereintes Westeuropa zu schaffen. Die EWG sei daher nur ein Kern, der ausgebaut werden müsse; so sollte der Beitrittsantrag Großbritanniens bei der nächsten EWG-Ratssitzung behandelt

<sup>11</sup> Am 25. Mai 1967 berichtete Botschafter Knoke, Den Haag, der Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium, Barkman, habe ihm gegenüber Verbitterung darüber geäußert, daß Staatspräsident de Gaulle in seiner Pressekonferenz am 16. Mai 1967 wie schon 1963 versucht habe, „ohne Mandat der anderen fünf die politischen Weichen zu stellen. Was habe es für einen Sinn, sich in Rom zu treffen und sich dort zu konsultieren, wenn einer der Partner schon vierzehn Tage vorher seine dezidierte und nicht mehr abänderbare Ansicht auf den Marktplatz trage.“ De Gaulle wolle „bindende politische Entscheidungen nicht nur für sein eigenes Land, sondern auch für die anderen Partner selbstherrlich treffen. Keinesfalls würden die Niederlande dazu bereit sein, die Politische Union der Sechs jetzt nach fünfjährigem Stillstand wiederzubeleben. Eine solche Wiederbelebung [...] könnte nach der de Gaulle'schen Pressekonferenz vom 16. Mai 1967 nur eine anti-britische Spalte haben. Im übrigen müsse de Gaulle gesagt werden, daß Frankreich für den Stillstand verantwortlich sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 157; VS-Bd. 2428 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

werden. Im Hinblick auf die Äußerung de Gaulles über die Möglichkeit, daß die Gemeinschaft durch Beitritt Großbritanniens ihren Charakter verlieren könnte, erklärte de Jong, daß sich Schwierigkeiten in der Gemeinschaft nur zu Anfang nach erfolgtem Beitritt Großbritanniens ergeben könnten. Das werde sich in einem weiteren Stadium aber legen.

Zusammenfassend erklärte de Jong:

- 1) Die niederländische Regierung wünsche eine europäische Einigung auf demokratischer Grundlage.
- 2) Diese Einigung müsse in engstem Zusammenhang mit atlantischer Gemeinschaft stehen.
- 3) Die europäischen Gemeinschaften seien offene Gemeinschaften. Da Großbritannien jetzt bereit sei, den Rom-Vertrag zu akzeptieren, müßten die Beitrittsverhandlungen unverzüglich beginnen.
- 4) Politische Konsultationen könnten nur mit Großbritannien zusammen erfolgen.

Im Hinblick auf Nahost-Krise hob de Jong hervor, daß die Gefahr, die Israel drohe, eine Gefahr für die gesamte freie Welt sei. Die Interessen aller seefahrenden Nationen seien betroffen. Die Niederlande hielten es für notwendig, alle Lösungsmöglichkeiten zu prüfen.

Abschließend wurden folgende Fragen im einzelnen erörtert:

#### 1) Fusion

Bundeskanzler wünschte Inkrafttreten des Fusionsvertrages zum 1. Juli 1967; Einigung über das Präsidium schon auf dieser Konferenz und Durchführung der Beschlüsse durch die Außenminister. (Vertraulich: zur engeren Wahl stehen Colombo und Rey.<sup>12)</sup>

Es wurde beschlossen, den Fusionsvertrag am 1. 7. 1967 in Kraft treten zu lassen. Die Außenminister beschlossen, am 5. Juni 1967 auf einer Regierungskonferenz in Brüssel zusammenzutreten, um die formelle Ernennung des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Mitglieder der neuen Kommission vorzunehmen.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Mit Schreiben vom 3. Mai 1967 teilte der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, Bundeskanzler Kiesinger mit, daß er für eine Ernennung zum ersten Präsidenten einer vereinigten Kommission nicht zur Verfügung stehe. Zur Begründung führte er an: „Ernste grundsätzliche politische und juristische Bedenken sprechen dagegen, die Amtszeit des Präsidenten der europäischen Exekutive durch ein persönliches Abkommen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten und dem für die Präsidentschaft in Aussicht genommenen Kandidaten abzukürzen. [...] Die verbindliche Festsetzung der Amtszeit des Präsidenten im Fusionsvertrag gehört [...] zu den Garantien der Unabhängigkeit der Kommission.“ Ferner kommt hinzu, daß es Zweck seiner Kandidatur gewesen wäre, die im Laufe einer langjährigen Tätigkeit als Vorsitzender der EWG-Kommission gewonnenen Erfahrungen „nachhaltig“ der Einheitskommission mitzuteilen. Es kann jedoch angesichts der langfristigen Natur der Arbeit der europäischen Exekutive keine Rede davon sein, daß diese Absicht in der Frist vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1967 verwirklicht werden kann [...]. Den Gedanken, der Einheitskommission als Mitglied oder Vizepräsident anzugehören, habe ich niemals ins Auge gefaßt. Ich tue es auch heute nicht.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1195.

<sup>13</sup> Auf der EWG-Ministerratstagung am 5./6. Juni 1967 wurde beschlossen, das bisherige Mitglied der EWG-Kommission, Rey, zum Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu ernennen. Ferner kamen die Minister überein, zusätzlich zu den im Vertrag vom 8. April 1965 über die Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer vereinigten Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Fusion der Exekutiven) vorgesehenen drei Vizepräsidenten den bisherigen

2) Beitritt Großbritanniens:

De Gaulle sprach sich dafür aus, daß zunächst die Außenminister mit dem notwendigen Zeitaufwand prüfen sollten, welche Wirkung ein britischer Beitritt für die Gemeinschaften haben würde. Bundeskanzler erklärte, daß deutsche öffentliche Meinung den britischen Beitritt begrüßen würde. Er betonte, daß die Sechs sich aber einig sein müßten, bevor sie „einen neuen Bewohner in ihr Haus aufnehmen“. Tue man das nicht, würden sich die Schwierigkeiten auf die Beitrittsverhandlungen selbst verlagern.

Zur Prüfung des britischen Antrags sei aber eine Erläuterung dieses Antrages durch Anhörung der Briten notwendig.

Der belgische Ministerpräsident verwies auf die Behandlung des britischen Antrags gemäß Artikel 237 des EWG-Vertrages und sprach sich in diesem Zusammenhang dafür aus, die Briten in nächster Zeit anzuhören. Zunächst solle der Rat in seiner Sitzung am 5./6. Juni 1967 die Kommission um die in Artikel 237 vorgesehene Stellungnahme ersuchen.

Werner und de Jong schlossen sich diesen Ausführungen an. De Jong stellte unwidersprochen fest, daß dies zur Durchführung des Artikels 237 gehöre. Auch Moro sprach sich für eine baldige Behandlung des britischen Antrages gemäß Artikel 237 des EWG-Vertrages aus, wobei der britische Antrag einer intensiven politischen Prüfung unterzogen werden sollte.

Es wurde beschlossen, daß der Rat auf seiner nächsten Tagung am 5./6. Juni den britischen Beitrittsantrag nach dem normalen Verfahren des Artikels 237 des EWG-Vertrages behandelt.<sup>14</sup>

3) Politische Zusammenarbeit

De Gaulle erklärte, Frankreich habe sich schon seit längerem für verstärkte politische Kontakte der Sechs ausgesprochen. Ziel müsse die Schaffung eines europäischen Europas, nicht eines atlantischen Europas sein. Wenn hierüber Einigkeit bestehe, werde Frankreich mit tiefster Überzeugung teilnehmen. Es sei auch bereit, Vorschlag des Bundeskanzlers über Art der Vorbereitung von Konsultationen durch besonderes Organ zu akzeptieren.

Bundeskanzler ausführte, ein Beginn politischen Gedankenaustausches unter den Sechs sei notwendig. Die heutige Welt sei zu kompliziert, als daß wir darauf verzichten könnten, mit politischer Zusammenarbeit zu beginnen. Eine Beteiligung Großbritanniens werde sich aus der weiteren Entwicklung ergeben. Werfe man jetzt die alte Streitfrage auf, ob diese Zusammenarbeit zu sechst oder siebt erfolgen sollte, komme man in eine Sackgasse. Beginnen sollten daher die Sechs, ohne auszuschließen, daß auf die Dauer auch Großbritannien hinzutritt.

Hinsichtlich des Verhältnisses Europa/Amerika sei auch er der Meinung, daß Europa alles tun müsse, um mit einer einzigen Stimme sprechen zu können. Andererseits lasse die Sicherheit Europas sich nicht ohne Amerika gewährle-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 846*

Vizepräsidenten der EWG-Kommission, Mansholt, zum vierten Vizepräsidenten zu ernennen. Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Frank vom 8. Juni 1967; Referat I A 2, Bd. 1295.

Am 1. Juli 1967 wurden als weitere Vizepräsidenten Raymond Barre, Fritz Hellwig und Lionello Levi Sandri bekanntgegeben. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, Z 174.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 209.

sten. Daher müßten wir in der atlantischen Allianz verbleiben und diese an die Notwendigkeit Europas anpassen.

Van den Boeynants trat dafür ein, Rahmen, Zweck und Grenzen der politischen Kontakte vorher festzulegen. Das dürfe aber nicht dazu führen, die Kontakte mit dritten Ländern zu erschweren.

In ähnlichem Sinne sprach Werner sich aus. Die Zeit sei noch nicht reif für eine Institutionalisierung der politischen Kontakte. Das Problem britischer Beteiligung lasse sich, nachdem nun Beitrittsantrag Großbritanniens zu den Gemeinschaften vorliege, u. U. durch eine besondere politische Unterrichtung der britischen Regierung lösen, ohne so die Solidarität der Sechs zu beeinträchtigen.

Im Verlauf der weiteren Erörterungen gelang es den Fünf schließlich, die Niederländer zu einem gewissen Nachgeben zu bewegen. Es wurde Einigkeit erzielt, die in Ziffer 5 und 6 des Kommuniqués<sup>15</sup> wie folgt festgehalten ist:

„5) Die an der Konferenz beteiligten Staaten haben vereinbart, die Möglichkeiten zu prüfen, wie sie mit geeigneten Methoden und Verfahren, die den Erfahrungen und Umständen angepaßt sind, schrittweise ihre politischen Bande untereinander enger gestalten können. Die Außenminister sind beauftragt worden, die Prüfung dieser Punkte weiter zu vertiefen.

6) Die Staats- und Regierungschefs haben vereinbart, sich voraussichtlich im Laufe dieses Jahres erneut zu treffen.“

Auf besonderen Wunsch der italienischen Regierung wurde in das Kommuniqué erneute Prüfung der Schaffung einer europäischen Universität in Florenz aufgenommen.<sup>16</sup>

[gez.] Lahr

**Referat I A 2, Bd. 1415**

<sup>15</sup> Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 268 f.

<sup>16</sup> Dazu hieß es im Kommuniqué über die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 29./30. Mai 1967 in Rom: „Die Staats- beziehungsweise Regierungschefs haben ebenfalls vereinbart, den bereits auf der Bonner Konferenz vom 18. Juli 1961 vorgesehenen Plan zur Schaffung einer Europäischen Universität in Florenz erneut einer Prüfung zu unterziehen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 269.

Am 30. Mai 1967 hatte der italienische Ministerpräsident dazu ausgeführt: „Im Bereiche einer Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiete wünschen wir, daß auch das Problem der Europa-Universität mit Sitz in Florenz wieder erörtert werden möge. Sie sollte ein Zentrum der Anregung für eine Zusammenarbeit unserer Länder, vor allem auf dem Gebiet der Technologie, bilden, da wir in unserem Europa mit allen denkbaren Mitteln schleunigst Vorsorge treffen müssen, daß der Abstand verringert wird, der Europa von fortgeschrittenen Ländern trennt.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1195.